

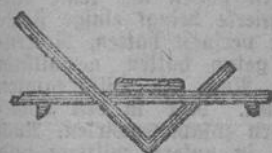
Rottenführer-Zeitung

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

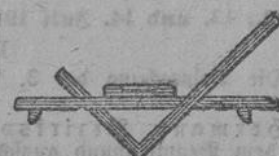
Offizielles und fachwissenschaftl. Organ
des Verbandes Deutscher Eisenbahn-



für die Vertretung der Standesinteressen
Rotten- und Hilfsrottenführer E. B.



Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im voraus zahlbar. — Inserate pro 4gespaltene Pettizelle 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.



Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtenklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angehöret, ist unter den bekannt gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert.

Nr. 16

Dahlhausen-R., 15. August 1919

8. Jahrgang

Inhalt: Mehr Standesinteresse. — Bericht über den 10. ordentlichen Verbandstag. — Kurzer Bericht über die Sitzung im Eisenbahministerium am 12. August 1919. — Rücksicht — Bildungsdruck. — Vereinsnachrichten. — Eingefandt. — Amliche Bekanntmachungen und Erlasse. — Mitteilung des Verbandsvorstandes. — Versammlungskalender. — Inserate.

Mehr Standesinteresse.

Wenn man in Nr. 15 unserer Zeitschrift das Eingefandt des Kollegen Franzen, Saarbrücken, liest, so muß man demselben voll und ganz recht geben; denn es ist nicht nur dort in seinem Bezirk so, sondern in allen Bezirken herrschen dieselben interesselosen Zustände bei den Kollegen. Man braucht ja bloß die Vereinsnachrichten durchzulesen, da findet man schon das Uebel, welches unserem Verbands so sehr zum Schaden gereicht. Man möchte sagen, ein Drittel unserer Kollegen befindet sich noch im Dornröschenschlaf, und es ist ihnen bis heute noch nicht zum Bewußtsein gekommen, daß sie auch Pflichten zu erfüllen haben, wenn sie ihre Rechte vom Verbands vertreten zu sehen wünschen. Diese Interesslosigkeit unter den Kollegen ist aber meistens nur eine Faulheit derselben, weil sie sich nur auf den Verbands- und Bezirksvorstand und die paar Kollegen verlassen, welche es mit der Hebung und dem Ansehen unseres Standes wirklich ernst nehmen. Wir kommen weiter! Da heißt es, für den Anschluß an eine Großorganisation muß eingetreten werden. Hoffen wir, daß der Bezirksstag die richtige Wahl trifft. Die richtige Wahl ist auf dem Verbandstage nicht getroffen worden, sondern es ist ein sogenanntes Ueberlegungs-jahr daraus geworden. Wir wollen hoffen, daß es jedem Kollegen in dem einen Jahre klar werden möge, zu welcher Großorganisation er sich entschließen will und von welcher die Interessen des Rottenführerstandes vertreten und wahrgenommen werden. Kommt man aber zu dem Satz in derselben Nr., wo es heißt: Wir (die Bahnmeister) haben uns dem Gewerkschaftsbunde angeschlossen, damit wir Fühlung bekommen mit den oberen Beamten, um dadurch dem Terror der Unterbeamten und Arbeiter besser entgegenzutreten zu können, so muß man sich die Frage vorlegen: Ist es möglich, sich einer solchen Großorganisation anzuschließen, in welcher sich solche Verbände befinden, wie der der Bahnmeister, welcher sich erdreistet, gegen die Unterbeamten in solcher Weise Stellung zu nehmen? Wo bleibt da das gewerkschaftliche Zusammenarbeiten, wenn ein Verband eine derartige Auffassung hat? Also nur, um den Unterbeamten und Arbeiter in seinem Vorwärtstommen weiter zu benachteiligen, ist der Anschluß an die Gewerkschaft erfolgt. Von demselben Verbands dann weiter: In Nr. 15 unserer Zeitschrift auf Seite 114 bitte ich einen jeden Kollegen dringend, ab 15. Zeile sich den Satz genau durchzulesen. Ich will ihn hier weiter nicht anführen, es ist aber unerhört, daß eine derartige Auffassung in einem solchen Verbande überhaupt Platz greifen konnte. Kollegen! Die Auffassung der Bahnmeister gibt uns zu denken, übersehen Sie nicht die Tragweite der Stellung, welche die Bahnmeister da einnehmen. Sollte gegen diese Auffassung der Bahnmeister vom Gewerkschaftsbund der Eisenbahnbeamten nicht Stellung genommen werden, so müßte man sich denn doch wohl überlegen, ob diese Großorganisation geeignet ist, die Interessen der Unterbeamten zu vertreten. Auch darin ist dem Kollegen Franzen dann recht zu geben, daß wir nicht zum Stimmvieh für unsere oberen Beamten

herabsinken wollen; denn wenn wir im Bilde der Bahnmeister bleiben wollen, würde es tatsächlich der Fall sein. Kollege Franzen sagt dann weiter: Bei uns gibt es keinen Kasernenton mehr, bei den Herren Bahnmeistern ist der Rottenführer das geworden, was er sein muß: ein Mitarbeiter der Dienststelle im wahren Sinne des Wortes. Diese Verbindung des Kollegen Franzen ist mit Freude zu begrüßen, ebenso, daß ein solches Verhältnis in seinem Bezirk vorhanden ist, und wir wollen hoffen, daß diese Erkenntnis allen Bahnmeistern kommen möge, denn bis jetzt haben wenige es erst eingesehen. Warum wollen denn die Bahnmeister nicht das Einsehen haben, daß der Rottenführer ein Mitarbeiter des Bahnmeisters ist? Weil sie glauben, es geht ihnen von ihrer Stellung als Bahnmeister der Verwaltung gegenüber etwas verloren. Darum muß der Rottenführer soviel wie möglich zum Aufsteigen gedrückt und als solcher hingestellt werden. Wir wollen jedoch nicht alle Bahnmeister damit meinen, wir sehen ja beim Kollegen Franzen, daß es auch Bahnmeister gibt, welche sich der Vernunft nicht verschließen; denn, Kollegen, wir wollen doch einmal in dieser Beurteilung ehrlich sein: es sind doch meistens die Herren der alten Schule oder ein junger, welcher sich sein Hirn von denselben mit diesen Kräften hat vollpumpen lassen. Was wir von den Bahnmeistern zu erwarten haben, hat doch ihr famoser Antrag bei der Verwaltung, die Rottenführer in zwei Klassen zu teilen, uns genügend vor Augen geführt. Sie wollen damit das Schmarobertum und die Unhegung in den Rottenführerstand hineintragen, aus Furcht, daß durch eine Hebung des Rottenführerstandes ihr Prestige als Bahnmeister Schaden erleiden möge. So fern wie uns dieses liegt, so nahe liegt es uns aber, daß endlich einmal eingesehen wird, daß der Bahnmeister ohne Rottenführer keine Bahnmeister sein kann. Über so lange das Gegenteil von dem, was Bahnmeistern vertreten wird, kostet es uns noch eine schwere Standesarbeit. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, sich endlich aus dem Dornröschenschlaf aufzumuntern und an seinen Standesinteressen mitzuarbeiten. Es ist unsere Pflicht, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Rottenführer eine andere Standesbewertung verdient als die, welche ihm durch die Bahnmeister jetzt zugewiesen ist. Es ist daher zu begrüßen, daß einige Bahnmeister sich zu dieser Erkenntnis hindurchgerungen haben, aber noch von der Mehrzahl ihrer Kollegen bekämpft werden. Kollegen! Wenn man die erste Stellung der Bahnmeister mit ihrer heutigen vergleicht, und daraus ersieht, wie sie für ihre Standesinteressen gekämpft haben, so muß man sich die Frage vorlegen: „Wie ist es möglich, daß wir in unserer Arbeit um die Hebung unseres Standes von denselben so bekämpft werden?“ Darum, Kollegen, aufgewacht, und heran an die Wahrung der Standesinteressen, damit das Ziel erreicht wird, welches wir uns gesteckt haben, und daß wir da hinein kommen, wo wir hingehören: in die Klasse der Werkführer. Denn es ist nicht nötig, daß der Rottenführer ein Handwerk erlernt haben muß, um würdig zu sein, darin erhoben zu werden. Die Auffassung

gehört in das Land der Märchen, oder sollten die Bahnmeister der Auffassung sein, weil von ihnen das Erlernen eines bestimmten Handwerks gefordert wird, müßte es auch vom Rottenführer verlangt werden? Die Auffassung wäre dann sehr irrig und sehr zu bedauern.

Karl Herrmann, Rottenführer.

Bericht

über den 10. ordentlichen Verbandstag des Verbandes Deutscher Eisenbahn-Rotten- und Hilfsrottenführer e. V., Sitz Essen-Ruhr,

am 12., 13. und 14. Juli 1919 im Rest. Ruhland, Essen.

II.

Die Besprechung des 3. Punktes der L.-D. wird fortgesetzt.

Herrmann, Bezirksverein Berlin: Wenn wir aus dem Beamtenbund ausscheiden, so würden wir in Berlin vollständig die Fühlung mit der Beamtenschaft verlieren. Da jetzt der viel angegriffene Lange aus dem Vorsitz des Bundes entfernt ist, wollen wir noch ein Jahr die weitere Entwicklung des Beamtenbundes abwarten. Bleibt es wie bisher, so werden wir nach Ablauf dieses Jahres die Konsequenzen ziehen. Ich bin vom Bezirksverein Berlin beauftragt, diese seine Stellungnahme hier zu vertreten.

Herrmann äußert sich dann ausführlicher über die Bundesitzung vom 19. März. In dieser Sitzung wurde der Antrag der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die untere Beamtenschaft in den Bund aufzunehmen und ihr eine entsprechende Vertretung in dem Vorstand zu sichern, durch die Obersekretäre zu Fall gebracht. „Das ist zu beklagen. Wäre das nicht geschehen, so würde die Zersplitterung schon damals beseitigt worden sein und man würde heute nicht mehr gezwungen sein, sich noch einmal über diese Angelegenheit zu entscheiden. Herrmann betont, daß die Rottenführer aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, es deshalb nicht angängig sei, sie in einen bewußten Gegensatz zur Arbeiterkraft zu bringen. Von Seiten der Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten habe man vorgeschlagen, den Bund umzuwandeln in einen „Beamten- und Arbeiterbund“, schließlich wurde dann noch ein anderer Vorschlag gemacht, den Bund zu nennen: „Bund der Beamten und deren Anwärter“. Aber verschiedene Bezirksvereine nahmen sofort Stellung dagegen; es sei ausgeschlossen, die Arbeiterkraft hineinzubeziehen. Und so wurde nichts erreicht.

Am 28. und 29. Juni war dann der Bundestag. Auch hier bot sich ein trauriges Bild der Uneinigkeit unter der Beamtenschaft. Dreimal mußte der sogenannte Sammelsprung gemacht werden. Trotzdem die Unterbeamtenschaft über die weitaus größte Stimmzahl verfügte, konnten sie dennoch ihren Antrag nicht durchdrücken. Es fehlte nicht viel, so wäre schon damals der Bund in die Luft gegangen. Die Eisenbahner haben eben unter sich noch nicht gelernt, einig zu sein und sich kollegialisch zu benehmen. Sie haben noch nicht gelernt, sich alle als Eisenbahner zu fühlen und danach zu handeln, und solange sie das nicht gelernt haben, werden sie stets auf Hindernisse stoßen und ihre Ziele niemals erreichen.

Herrmann berichtet dann noch über den Bundestag der Bahnmeister, zu dem er als Vertreter des Verbandsvorsitzenden gegangen sei. Man habe ihn erst lange Zeit warten lassen, dann sei der Schriftführer herausgekommen und habe ihn auszufragen wollen über die Stellungnahme der Rottenführer, worauf er erwidert habe, man möge ihn erst einmal über den Standpunkt der Bahnmeister informieren. Darauf habe der Bahnmeister erwidert, unter den Bahnmeistern gehe der Wunsch dahin, zwei Klassen, den Oberrottenführer und den Rottenführer, zu schaffen. Herrmann widersprach sofort und verworf diesen Plan vollständig. Dabei läme nichts heraus. Der Maulfertige würde dann Liebling des Bahnmeisters sein und der wirklich Tüchtige, der nicht so gut schwätzen könne, werde niemals aufrücken. Herrmann sagte dem Bahnmeister noch, daß die Rottenführer immer von den Bahnmeistern als 5. Rad am Wagen behandelt worden seien. Dann sprach man hin und her über Aufwandsentschädigung, worüber schon das Grundsätzliche in der Rede des Verbandsvorsitzenden gesagt wurde. Die Frage des Sonntagsdienstes wurde ebenfalls angeschnitten. Herrmann bestand auf seine 48 Stunden und verlangte einen freien Tag in der Woche für den Rottenführer, wenn er zum Sonntagsdienst herangezogen würde. Wenn die Bahnmeister ein besseres Verhältnis zwischen sich und den Rottenführern wünschten, so möchten die Bahnmeister nur dafür eintreten, daß die Behandlung und Bezahlung der Rottenführer und Hilfsrottenführer eine bessere wird. Man ließ Herrmann dann wieder warten mit

der Begründung, daß noch einige Angelegenheiten zur Verhandlung stünden, an denen er doch wohl kein Interesse habe, was er allerdings entschieden bestritt. Als ihm die Sache zu langweilig wurde, ging er, ohne noch einmal die Versammlungsleiter gesprochen zu haben. Er ließ ihnen bestellen, er sei kein Bettler, den man vor der Tür stehen lasse. Er sei Gast gewesen und es sei daher die Pflicht der Leitung gewesen, ihm Gehör zu verschaffen. Später habe er erfahren, daß die Behandlung, wie sie ihm widerfahren sei, das Mißfallen der Versammlungsteilnehmer erregt habe.

Kahled, Bezirksverein Königsberg: Wir stimmen für den Anschluß an den Beamtenbund. Wenn wir aus ihm endgültig ausscheiden, sind wir in Preußen vollständig isoliert. Von den Arbeitern haben wir keine Unterstützung zu erwarten. Der Delegierte bringt einige Fälle zur Sprache, in denen die Arbeiter versucht hätten, Rottenführer, nur weil sie ihre Pflicht getan hätten, gewalttätig von ihren Plätzen zu vertreiben. Auch die Hilfsbeamten sind bei uns im Bund aufgenommen. Nur in den Lohnfragen sollten wir mit den Arbeitern zusammenwirken. Auch hat bei uns die strenge Scheidung in untere, mittlere und höhere Beamte aufgehört. Wir fühlen uns alle als Beamte.

Räthen, Bezirksverein Essen: Wir hier im Westen sind wesentlich anderer Ansicht. Für uns kann nur der Anschluß an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner in Frage kommen. Wir müssen den Beamtenbündel fahren lassen und uns daran erinnern, daß wir aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind. Mit den Arbeitern müssen wir zusammengehen. Der Beamtenbund hat uns noch nichts gebracht. Der Bezirksverein Essen tritt geschlossen für den Anschluß an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ein.

Salzmänn-Rassel und Parbs-Altona-Hamburg treten für den Anschluß an den Beamtenbund ein.

Gebauer-Düsseldorf bemängelt, daß man außer dem Vertreter des Reichsartells nicht noch andere Verbände eingeladen habe. Gebauer berichtet dann über eine Tagung des Beamtenbundes, wo man für die Teilnahme an einer Wahl 2 Mark besondere Gebühr verlangte. Er habe dann die Frage angeschnitten, was mit einem Mann, einem Hilfsrottenführer, geschehe, der von dem Arzt als dienstuntauglich befunden werde. Darauf habe man ihm geantwortet, dann muß der Mann austreten. Und auf die Frage, was geschehe, wenn einer nicht vereidigt sei, habe er die Antwort erhalten: Ein solcher kann unserem Bunde nicht beitreten. Ein Vorsteher habe in einer Versammlung ausgeführt: Wir müssen einen Ausschuss haben, der gegen die Arbeiter ist. Gebauer bemerkt, daß man zu einem solchen Beamtenausschuss kein Vertrauen haben könne. (Sehr richtig!)

Dirla-Marienwerder hebt hervor, daß ihm Anschluß an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner unmöglich erscheine. Im Osten sei das Verhältnis zwischen unteren und mittleren Beamten bei weitem nicht so gespannt, wie es hier im Westen der Fall zu sein scheine. Was sind wir denn? fragt er. Angestellte Arbeiter allzumal. (Zustimmung und Widerspruch.)

Eggers-Hannover tritt den Ausführungen Herrmanns und Gebauers bei. Sein Bezirksverein ist aus dem Beamtenbund ausgetreten.

Ufer-Gießen spricht warm für den Anschluß an den Beamtenbund, da man sonst überhaupt nirgends vor dem Terror der Arbeiterschaft, der im Frankfurt-Gießener Bezirk besonders groß sei, Schutz finden könne.

Mennide-Salle klagt über fortbestehenden Beamtenbündel bei den mittleren und höheren Beamten. Die Weichensteller und Wagenmeister seien aus dem Bund schon wieder ausgetreten. Man habe die Rottenführer davon nicht in Kenntnis gesetzt, sonst würden diese sich dem Schritt anschließen haben. Es herrsche allenthalben Mißtrauen gegen den Bund, der tatsächlich in erster Linie die Interessen der mittleren Beamten vertritt. Niemals werde ein Bahnmeister sich für die Interessen der Rottenführer ins Zeug legen.

Cummerow-Stettin und Heuring-Frankfurt brechen eine Lanze für den Beamtenbund.

Wendhausen-Braunschweig will noch ein Jahr neutral bleiben.

Gebauer-Düsseldorf: Im Westen, wo wir so viele radikale Elemente haben, müssen wir unbedingt mit den Arbeitern Hand in Hand arbeiten.

Herrmann-Berlin verlangt Zusammengehen mit den Arbeitern nur in gewissen Fällen, beispielsweise bei Lohn- und Gehaltsaufbesserungen. Aber die Disziplin müsse gewahrt werden. Der Rottenführer müsse als Vorgesetzter respektiert werden. Traurig sei es, daß man immer wieder feststellen müsse, wie uneinig die Unterbeamten unter sich selbst seien.

Wenn a
Beharre.
denzufol
hen, so
und ge

B
vielfach
der Ge
den M
Wir bl
gewissen
Geben
eigenes
muß do

Le
Gegenla
ders he
für den

Ca
Beamt
weiteres

Sch
denen
Wer als
auf, in
einsvor
arbeite
partispo

Sch
Bund
greift d
an, des
Beamt
unverkä

Es
bahndir
den Be
und En
ren und
Dien d
Westen
reflexion

Sch
ob die
feineswe
und W
Tritum.
unteren
hätten
gegen n
überbau
können
Kollegen
noch ein

Dar
des Re
einfachen
der Ina

An
Bundes
bahner
Debatte
um Kle
lei folg

Mit
solidarit
und dan
Eisenbah
auf schli
Nichtung
den Ro

Wol
Die
lei weite
Beamt
nicht zu
verfügt
aber im
bei allen
oder un
terfucht
die Zug
verschied
und Stu

Wenn aber der Beamtenbund auf seinem alten Standpunkt beharre, daß nur Beamte aufgenommen würden und man demzufolge fordern würde, die Hilfskassenführer auszuscheiden, so müsse der Verband entschlossen für diese eintreten und gegebenenfalls dem Beamtenbund den Rücken kehren.

Verbandsvorsitzender Schnelder: Es herrscht vielfach die irrige Ansicht, als ob wir uns, wenn wir mit der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner zusammengehen, ganz den Arbeitern anschließen. Das ist keineswegs der Fall. Wir bleiben als Fachverband bestehen. Wir gehen nur in gewissen wirtschaftlichen Fragen gemeinsam mit ihnen vor. Gehen wir zu dem Bunde über, so graben wir uns unter eigenes Grab. Unser Zuwachs bleibt vollkommen aus. Das muß doch eigentlich jeder einsehen.

Demser-Beipzig erklärt, daß in seinem Bezirk der Gegensatz zwischen den einzelnen Beamtenkategorien nicht besonders hervortrete. Er stimme namens seines Bezirksvereins für den Anschluß an den Bund.

Salzmann-Kassel: Werden die Hilfsbeamten in den Beamtenbund nicht aufgenommen, dann treten wir ohne weiteres aus.

Scholz-Magdeburg stellt fest, daß in den verschiedenen Bundesbezirken ganz unterschiedlich gearbeitet werde. Wer als Hilfsbeamter Beamtendienst tut, hat ein Recht darauf, in den Bund aufgenommen zu werden. Der Bezirksvereinsvorsitzende in Magdeburg sei übrigens Sozialist, trotzdem arbeite er mit dem Bund zusammen. Dieser müsse überhaupt parteipolitisch neutral bleiben.

Schriftführer Müllers erklärt, ein so großer Bund könne unmöglich politisch ganz neutral bleiben. Er greift dann den Vertreter des Frankfurter Bezirks Heuring an, dessen Behauptung, daß die Kassenführer gerade von dem Beamtenbund die größten Vorteile zu erwarten hätten, ganz unverständlich erscheine.

Es werden dann einige Schreiben verschiedener Eisenbahndirektionen vorgelesen, worin zum Ausdruck kommt, daß den Beamten zwecks Teilnahme an Verbandstagen Urlaub und Entschädigung gewährt wird, was bei den Kassenführern und überhaupt den Unterbeamten nicht der Fall ist. Der Vorwurf ist in dieser Hinsicht weit entgegenkommender als der Westen, woraus wieder hervorgeht, daß die einzelnen Direktionen ganz nach Gutdünken solche Fragen regeln.

Scholz-Breslau widerspricht der Behauptung, als ob die Verwaltung den Beamtenbund protegiere. Das sei keineswegs der Fall. Die beiden seien manchmal wie Feuer und Wasser. (Zurufe: Na, na! Ausgeschlossen! Ist ja ein Irrtum. Gelächter.) Scholz hebt dann hervor, daß auch die unteren Beamten in Verbandsangelegenheiten Portofreiheit hätten (was auch in Königsberg der Fall ist, in Essen dagegen nicht) und daß Beamtenbund und Beamtenrat in Breslau überhaupt ein und dasselbe sei. Die Frage des Anschlusses könne noch nicht so ohne weiteres entschieden werden. Die Kollegen müßten in ihren heimatischen Vereinen die Frage noch einmal gründlich durchberaten.

Darauf erhält Gewerkschaftssekretär Knebel als Vertreter des Reichsartikels das Wort. Seine umfangreichen, sehr interessanten Ausführungen hier vollständig wiedergegeben, verbietet der knappe Raum. Wir heben einige Hauptpunkte heraus.

Knebel betont eingangs, daß er nicht Gegner des Bundes sei, sondern auch die Vereinigung sämtlicher Eisenbahner als das zu erstrebende Ziel betrachte. Die ganze Debatte, so interessant sie an sich gewesen sei, habe sich vielfach um Kleinigkeiten, Nebensächlichkeiten gedreht. Der Kernpunkt sei folgender: Berufssolidarität oder Beamtensolidarität.

Mit dem Tage, an dem sich der Bund zur Berufssolidarität bekenne, nehme er gewerkschaftliche Grundsätze an und dann könne man sich mit ihm vereinen zu einer großen Eisenbahnergewerkschaft. Verschiedene Anzeichen ließen darauf schließen, daß sich in der Leitung des Bundes nach dieser Richtung hin ein Wandel vollzogen habe. Die Frage für den Kassenführerverband habe einfach zu lauten:

Wohin fahren wir am besten?

Die alte Behauptung: Der Beamte gehöre zum Beamten, sei weiter nichts wie eine Phrase. Es gebe allerdings einige Beamtenfragen, an denen der Arbeiter, namentlich sofern er nicht zum Beamten aufzurücken wünsche (was allerdings ein verschwindender Teil sei), kein Interesse zu haben brauche, aber im großen ganzen bestehe in dieser Hinsicht Solidarität bei allen Eisenbahnern, möge es sich nun gerade um Beamten oder um allgemeine Eisenbahnerfragen handeln. Knebel unterstreicht dann die Organisation innerhalb des Beamtenkörpers, die Zugehörigkeit der einzelnen Beamtenkategorien zu den verschiedenen Gesellschaftsklassen, woraus sich je nach Rang und Stufe auch wieder der Nachwuchs rekrutiert. Dabei sei

immer eine Beamtenstufe dem nächsten Unterbeamten so vorgelagert, daß dieser mangels fehlender theoretischer Bildung (Schulbuch, Einführungs usw.) überhaupt in die nächste Beamtenklasse nicht eintreten könne, ein Mittel, um die zu große Anwartschaft auf diese Posten von vornherein auszuschalten. Darum laute heute die Forderung des Reichsartikels:

Der Beamtenkörper soll senkrecht durchgebildet sein. Ausbildungs- und Beförderungsverhältnisse sollen neu gestaltet werden in der Weise, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht, der Besitz und die Ablegung eines bestimmten Exams Nebenache die geistigen Träger des Eisenbahndienstes und in diesem Bewußtsein folgern sie nun: Also sind wir auch die berufenen Führer der Eisenbahner. Das müsse aber dem Unterbeamten zum Verhängnis werden. Denn der untere habe nicht viel oder gar nichts zu verlieren, der mittlere und obere aber sehr viel. Stellenweise drohe ja eine sozialistische Mehrheit schon mit Abschaffung der Beamtenschaft überhaupt, so bemühe er jede Gelegenheit, um sich die alten Privilegien zu bewahren. Bei der Berufssolidarität würden die einander entgegengelegten Interessen der einzelnen Dienstzweige nicht draußen ausgetragen, sondern im Innern und durch die gemeinsame Zentralorganisation, durch die Gewerkschaft vertreten. Knebel geißelt die fürchterliche Zersplitterung unter den Eisenbahnbeamten, die allein in Preußen an die 70 Fachgruppen hätten, woran die Verwaltung natürlich das größte Interesse habe. Er schildert dann, wie schwer es auch heute noch sei, in den Verwaltungskörperschaften irgend etwas durchzudrücken. „Revolutionen kommen und gehen, aber der Geheimrat bleibt bestehen.“ Diese Zustände könne man nicht als Beamtengewerkschaft ändern. Denn eine solche habe immer die Arbeiter zum Gegner. Neutralität gebe es da nicht. Aber gehen Sie, selbstverständlich unter voller Wahrung Ihrer beruflichen Sonderart, mit dem Arbeiter zusammen, so hat der das größte Interesse daran, daß die Beförderungsverhältnisse der unteren Beamten, auf denen sich seine Entlohnung aufbaut, gebessert werden. Bisher war es so, daß der Arbeiter mehr verdiente, als der Kassenführer. Das soll in Zukunft, dem natürlichen Verhältnis entsprechend, umgekehrt sein. In manchen Arbeiterkreisen verteidigt man schon die Forderung, den Arbeiter ganz automatisch nach 7 Jahren zum Kassenführer aufzurücken zu lassen. Die Arbeiter schlecht hin (nicht allein die sozialistischen) haben nach Menschenmessen für die nächste Generation die Macht. Wir haben aus unseren Gewerkschaftsreihen 12 Abgeordnete in den verschiedenen Parlamenten, dazu zwei Minister, den Wohlfahrts- und den Postminister, und es hat an einem solchen Faden gehangen, so wäre Stegerwald Eisenbahnminister geworden. Bedenken Sie auch, daß in dem Augenblick, wo Sie dem Bunde deutscher Eisenbahnbeamten endgültig beitreten, wir unverzüglich einen Kassenführer- und Hilfskassenführerbund gründen werden, und wenn dann der Nachwuchs und die Mehrheit der Kollegen zufallen wird, das wird auch Ihnen nicht mehr zweifelhaft sein. Wir sind zu dieser Gründung gezwungen, weil wir die launende Kollegen, die bei uns organisiert sind, sonst in ihren wohlverordneten Rechten schädigen würden.

Also, meine Herren, überlegen Sie es sich reiflich, ob Sie nicht bei uns bleiben wollen. Zu uns gehören auch sämtliche süddeutschen Verbände, ebenso die holländischen, wir haben auch im Westen Deutschlands fast 30.000 Mitglieder, wir sind somit eine Macht, die man in alle Zukunft nicht ausschalten kann.

Knebel polemisiert dann gegen Scholz-Breslau wegen seiner Erklärung, daß Beamtenbund und Beamtenrat dasselbe seien. Das werde sich die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner niemals bieten lassen. Sie werde gegen jeglichen Monopolanspruch der Beamten hinsichtlich der Beamtenausschlüsse unnachlässig mit aller Schärfe vorgehen. Dann zählt Knebel die Verdienste und Erfolge des Reichsartikels auf, die nach seinen Darlegungen ganz außerordentliche sind. Schließlich weist er darauf hin, daß der Beamtenbund die im März erfolgten Schritte des Reichsartikels bezüglich eines zukünftigen Zusammenschlusses unbeachtet gelassen habe, so daß die Gewerkschaft jetzt nicht gut die ersten Annäherungsschritte tun könne, aber inzwischen könne der Kassenführerverband an den Bund herantreten, um endlich die Frage der Eisenbahner-

Einheitsfront der Lösung einen Schritt näher zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Verbandsvorsitzender Schneider dankt dem Redner für seine klaren, gehaltvollen Ausführungen und stellt dann in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit die Frage, ob die noch vorliegenden Wortmeldungen zurückgezogen werden. Das geschieht. Es wird dann nach kurzer Debatte folgender Beschluß einstimmig angenommen:

Der Verbandstag beschließt die weitere Mitgliedschaft im Reichsartell und der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner auf ein Jahr, um die Entwicklung im Bunde deutscher Eisenbahnbeamten abzuwarten, und beauftragt den Vorstand, beim Bunde neue Verhandlungen mit der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner zu beantragen. Es bleibt jedoch den einzelnen Bezirksvereinen überlassen, in dieser Zeit ihr Verhältnis zu dem Beamtenbund örtlich zu regeln.

Jansen-Nachen bemängelt, daß die Bezirksvereine sich vielfach auf eigene Faust dem Beamtenbund angeschlossen hätten. Das sei unstatthaft. Der Verbandstag allein habe über solche Fragen zu beschließen und er beauftragt dann den Vorstand mit der Ausführung seiner Beschlüsse.

Verbandsvorsitzender Schneider gibt die Richtigkeit dieser Ausführungen zu, worauf

Scholz-Breslau bemerkt, diese Anschläge seien in einer Zeit der heillossten Verwirrung erfolgt, wo kein Mensch gewußt habe, was werden würde. Damit schließt die erste Sitzung gegen 6¼ Uhr.

2. Tag.

Der Verbandsvorsitzende Karl Schneider eröffnet die Sitzung um 10 Uhr vormittags und berichtet über den 4. Punkt der Tagesordnung:

Standesangelegenheiten.

Meine Herren Kollegen! Ehe wir die großen allgemeinen Beamtenfragen besprechen, wollen wir unsere Spezialfragen in den Vordergrund schieben. Ich will an der Hand des von uns gepflogenen Programms Mitteilung darüber machen, was der Vorstand bisher durchgedrückt hat und welches Ziel er sich gesteckt hat. Unsere hauptsächlichsten Forderungen, die wir stets verfolgt haben, seit Gründung unseres Verbandes, sind die Gleichstellung der Rottenführer mit den Werkführern und die Anrechnung der Hilfsbeamtendienstzeit gewesen. Es ist uns bisher nicht gelungen, diese beiden Fragen zu lösen. Wohl ist mir bezüglich der Frage der Gleichstellung mit den Werkführern am 13. Dezember v. J. vom früheren Minister Erzelenz Hoff die Zusage gegeben worden, der unseren berechtigten Wunsch voll anerkannt hat. Ich habe gestern schon gesagt, daß unsere Dienststellenvorsteher uns hier wieder in den Rücken gefallen sind, um die Genehmigung durch die Verwaltung zu verhindern. Wir hatten damals den Antrag gestellt, daß wir außer der Reihe und nicht bei der Befolgsordnung in die Gehaltsklasse der Werkführer eingestellt würden. Minister Hoff hat gebeten, davon abzusehen, weil dann andere Beamtenklassen auch kommen würden, die das gleiche verlangen könnten. Wir haben uns damit zufrieden gegeben. Nun kommen die Bahnmeister wieder und wollen eine Beförderungsstelle für die Rottenführer, gleich wie sie sie haben. Es hat auch bei den Bahnmeistern einen schweren Kampf gekostet, bis die Zustimmung für die Beförderungsstellen gefunden wurde. Heute sind genug Bahnmeister, die die Einführung der Beförderungsstellen verwerfen, weil immerhin eine gewisse Liebedienerei damit in Zusammenhang gebracht wird. Es ist und bleibt bei den Beförderungsstellen so, daß nur die Günst des Dienststellenvorstehers entscheidet, ob der Beamte befördert wird. Es ist meines Erachtens vollständig genügend, wenn die Unterbeamten in drei Befoldungsklassen geteilt werden. Die damals vom Reichsartell aufgestellte Forderung ist heute noch berechtigt. Wenn das Wort wahr gemacht werden soll „Freie Bahn dem Tüchtigen“, dann ist die Forderung nach Beförderungsstellen zu verwerfen. Ich stelle daher den Antrag, der Verbandstag möge beschließen, dem Vorstände zu übertragen, einen scharfen Protest gegen die Einführung der Beförderungsstellen innerhalb des Rottenführerstandes, wie die Bahnmeister wünschen, zu erheben; denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Rottenführer sämtlich ohne Vorbehalt in die Gehaltsklasse der Werkführer hineingehören. Sollten die Nebenbahnen nicht gleichwertig mit den Vollbahnen betrachtet werden, dann mag die Verwaltung alte Leute dahinstellen, die die Arbeit ausführen. (Lebhafter Beifall.)

Die Hilfsbeamtendienstzeitfrage.

Das ist die schmerzlichste Frage, die meistens die alten Kollegen so sehr drückt. Die ganzen Jahre hindurch sind Petitionen

gemacht und ist alles versucht worden, ohne daß etwas dabei erreicht worden wäre. Ich habe Konferenzen gehabt im Ministerium und eine Unterredung mit Ministerialdirektor Dr. Lese. Der hat mir anheingegen, mich mit den anderen Verbänden in Verbindung zu setzen und eine gemeinsame Eingabe an das Staatsministerium zu machen. Die Eingabe ist gemacht, im Beamtenbeirat ist die Sache besprochen und dann an den Minister selbst weitergegeben worden. Auf diese Eingabe ist mir ein Schreiben von Ministerialdirektor Dr. Lese zugegangen, daß er es ablehnt, mit dem Beamtenbeirat in dieser Sache nochmals zu verhandeln, weil er schon an den Finanzminister herangetreten sei und um Ueberweisung des Geldes für den fraglichen Zweck ersucht habe. Infolgedessen nehme ich an, daß den Rottenführern das zuerkannt wird, was recht und billig ist: die Anrechnung der Hilfsbeamtendienstzeit als pensionsfähiges Dienstalter. Selbstverständlich halte ich es als meine Pflicht, die Sache im Auge zu behalten, damit nichts verloren geht. Wir müssen den Reil immer weiterzutreiben suchen, damit wir endlich mal erhalten, was recht und billig ist. Um nicht ganz fehl zu gehen, hatte ich auch noch Fühlung mit 6 Abgeordneten genommen. Es war nicht leicht, diesen Herren, die derartigen Verwaltungsmahnahmen klar zu machen. Sie haben schließlich versprochen, die Sache bei der Beratung des Eisenbahnetats zur Sprache zu bringen. Der frühere Abgeordnete Schmidt ist mir in dessen in jeder Weise behilflich gewesen, und hat mir jederzeit Zugang zum Ministerium verschafft. Ich will noch hinzufügen, daß mir wegen meiner öfteren Anwesenheit in Berlin sogar der Vorwurf gemacht worden ist, daß ich zuviel mit dem Ministerium liebäugle. Das kann mich aber in meiner Ueberzeugung nicht wankend machen, daß ich den richtigen Weg beschritten habe; denn selbst ist der Mann. Wir müssen uns eben selbst helfen, und es wird stets so bleiben, daß die Standesfragen vom Verbands selbst behandelt werden müssen.

Die Schutzkleider.

Auch diese Frage schwebt schon jahrelang. Bekannt ist ja, daß uns infolge der Berichte der Bahnmeister die Schutzkleider genommen wurden. Seitdem erfolgt eine Verteilung nur noch nach Günst und Gaben. Auch hier ist in den einzelnen Direktionen etwas geschehen, was den Weg geebnet hat. Das Ministerium hat absolut nichts dagegen, daß dem Rottenführer die Schutzkleider geliefert werden, es überläßt das aber den einzelnen Direktionen, die einen gewissen Fonds dafür überwiesen bekommen und nach eigenem Gutdünken damit wirtschaften können. Wir haben in Essen durchgedrückt, daß uns die Schutzkleider durch Verfügung zugeteilt werden. Man kann sie aber nicht liefern, weil nichts da ist. Mit den kurzen Jöppchen können wir uns nicht begnügen, die taugen nichts. Vorläufig ist also noch nicht zu sehen, wann die Rottenführer mit den Schutzkleidern beliefert werden. Nachdem also die Zusage vom Ministerium gegeben ist, können wir den Punkt wohl fallen lassen. Es bleibt nur noch unsere Aufgabe, die Direktionen zur Lieferung aufzufordern.

Die Anstellung der Hilfsrotenführer zu Bahnwärttern.

Diese Frage hat nur das gegen sich, daß uns dadurch die Hilfsrotenführer aus dem Rottenführerdienst entzogen werden. Sie werden als Bahnwärtter gewissermaßen angestellt, und gezwungen, im Rottenführerdienst zu bleiben. Ich kann mir nicht denken, daß in diesem Falle noch Lust und Liebe zum Rottenführerdienst vorhanden ist. Das ist eine Zurücksetzung des ganzen Standes. Ein Hilfsrotenführer dürfte überhaupt keine Anstellung als Bahnwärtter annehmen. Einen Nutzen hat er nicht davon; denn er verliert nichts an Pension und an Gehalt. Ich verwerfe die Anstellung von Hilfsrotenführern zu Bahnwärttern ausdrücklich und habe diesen Standpunkt im Ministerium Ministerialdirektor Dr. Lese gegenüber nachdrücklich vertreten. Der meinte jedoch, das wäre gar nicht durchzuführen, und die Leute müßten froh sein, früher angestellt zu werden, weil nicht soviel Rottenführerstellen geschaffen werden könnten. Dem bin ich entschieden entgegengetreten. Ich habe verlangt, daß neue Stellen geschaffen werden. Der Nachwuchs dürfe nicht in Mitleidenenschaft gezogen werden. Ich habe dann die Zusage bekommen, daß hier Wandel geschaffen wird, und es ist erfreulich, daß in der letzten Zeit eine ganze Reihe Hilfsrotenführer, die zu Bahnwärttern ernannt waren, rückwärtend zu Rottenführern ernannt wurden. Nun hören wir, daß 820 Rottenführerstellen im Etat vorgezogen sind. Man sieht also, daß bei energischem Zupacken doch etwas herauskommt. Es darf nicht mehr vorkommen, daß einem Hilfsrotenführer die Anstellung zum Nachtwächter angeboten wird, wie es in Halle passiert ist.

Die

Dies kann sie getan, i sage gegen rontenfü Eingabe werden gestellt sozialden ben das sprengt. aber an kratie in gar nicht festzuhal dann ge nehme teite. gar nicht dasselbe die gam sorgen, kommt. Ratliche unbedin demokra nerverba zulage Lohn. Wenden ist wer werden.

Die

einer de ihn unter gründen nen. D mit der gegehen ben Ba unbedin führer

Es meistere Etat de schlosser gewissen gung. geführt, Reiten 2. Rilon direktor dem Ro sie den kommt meister zur näch seine M man die laufen das ei schädigu Blut, w den bis im Sin Die Ba aller Ge aufwand sollen so — habe Geld au

Das des bild den neu drüden

Ge Tage d Rottenf Stelleng dort be Verband

Die Stellenzulage der Hilfsrottenführer.

Diese Frage ist einer breiten Besprechung wert, und doch kann sie in einigen Sätzen erledigt werden. Es ist hier alles getan, was getan werden konnte, und es ist auch die Zulage gegeben worden, nach Möglichkeit die Zulagen den Hilfsrottenführern und den anderen Hilfsbeamten zu zahlen. Meine Eingabe, daß den Hilfsrottenführern eine Zulage gegeben werden müsse, damit sie mit den Werkstättenhandwerkern gleichgestellt sind, ist als berechtigt anerkannt worden. Aber die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Lohnkommission haben das nicht zugegeben und die Lohnkommission einfach gesprengt. Die Lohnkommission hat so und so oft gesagt, mußte aber an diesem Punkte durch das Verhalten der Sozialdemokratie immer wieder auseinandergehen. Wir werden aber daran festhalten, daß auch diese Sache erledigt wird; denn es ist gar nicht möglich, einen Hilfsrottenführer auszubilden oder festzuhalten, wenn man ihm keine Zulage gibt. Der sagt sich dann ganz einfach: Wenn ich gar nichts davon haben soll, nehme ich lieber Hade und Schuppe in die Hand und arbeite. Im übrigen erkennen die anderen Arbeiter ihn auch gar nicht an, es wird ihm vorgeworfen: Du hast ja genau dasselbe, was ich habe, und die Konsequenz davon ist, daß die ganze Autorität verloren geht. Wir müssen also dafür sorgen, daß die Frage der Stellenzulage wieder in Fluß kommt. Es muß scharf zugefaßt werden, damit die sozialdemokratischen Abgeordneten zu der Erkenntnis kommen, daß hier unbedingt etwas geschehen muß. Uebrigens hat sich die Sozialdemokratische Partei bzw. der Sozialdemokratische Eisenbahnerverband in Jena in dieser Hinsicht festgelegt und die Stellenzulage absolut verworfen, sie wollen nur einen einheitlichen Lohn. Von uns allein wird das Zulagewesen nicht geregelt werden können, diese Frage muß von den Gewerkschaften gelöst werden.

Jedem Rottenführer soll ein Hilfsrottenführer beigegeben werden.

Diesen Standpunkt vertritt ich auch voll und ganz. In einer demnächstigen Eingabe an das Ministerium wollen wir ihn unter Hinweis auf den Nachwuchs und zweitens damit begründen, daß die Kolonnen nicht ohne Aufsicht arbeiten können. Die Forderung ist zweifellos berechtigt, vielleicht aber mit der Beschränkung, daß auf den Nebenbahnen davon abgesehen werden kann. Auf den Vollstrecken aber und den großen Bahnhöfen ist es bei der heutigen Größe der Kolonnen unbedingt erforderlich, daß dem Rottenführer ein Hilfsrottenführer beigegeben wird.

Die Dienstaufwandsentschädigung.

Es besteht die merkwürdige Einrichtung in unseren Bahnmeistereien, daß die Leitungsaufsicher, die tatsächlich noch im Etat dem Rottenführerstande angehören und die Stellwerkschlosser — wenn es auch keine großen Summen sind — einen gewissen Nebenverdienst haben durch die Reisekostenentschädigung. An verschiedenen Stellen ist eine Pauschalsumme eingeführt, an anderen Stellen ist eine Entschädigung bei einzelnen Reisen vorgesehen, die 2,25 Mk. beträgt, sobald die Reise 2 Kilometer über die Ortsgrenze hinausgeht. Ministerialdirektor Dr. Lese hat mir erklärt, daß diese Entschädigung dem Rottenführer nicht zugestanden werden könne, dann müßte sie den Arbeitern auch gegeben werden. Ein Bahnmeister bekommt auch nichts, wenn er auf der Strecke geht, ein Werkmeister dagegen braucht sich nur auf die Maschine zu setzen, zur nächsten Station und wieder zurückzufahren, dann hat er seine Reisekosten verdient. Das ist eben das Kuriose, daß man die Entschädigung denen nicht gewährt, die weite Strecken laufen müssen. Der Ministerialdirektor mußte zugeben, daß das ein Unrecht ist, dann müßte eben den anderen die Entschädigung entzogen werden. Das gäbe auch wieder böses Blut, weshalb ich auch nicht dafür eingetreten bin, daß sie den bisherigen Beziehern entzogen wird. Aber ich habe das im Sinne: Was dem einen recht, ist dem andern billig! Die Bahnmeister wollen diese Forderung für sich nun mit aller Gewalt durchdrücken; sie verlangen eine monatliche Dienstaufwandsentschädigung, wenn ich nicht irre, von 75 Mk. Wir sollen so lange den Mund halten, bis sie es haben und dann haben wir noch lange nichts. — Dann ist wieder soviel Geld ausgegeben, daß für uns nichts mehr übrig bleibt.

Das wären die Punkte, die die Richtlinien des Verbandes bilden und die im Auge behalten werden müssen neben den neuen Forderungen, die wir mit aller Energie durchzudrücken versuchen werden. Ich stelle die Sache zur Diskussion.

Gebauer, Bezirksverein Düsseldorf: Seit dem Tage der Revolution wird debattiert und die angestellten Rottenführer bemühen sich, uns Hilfsrottenführer zu einer Stellenzulage zu verhelfen. Ich bin vom Bezirksverein Düsseldorf beauftragt, hier die Frage vorzulegen: Was hat der Verbandsvorstand getan, um den Hilfsrottenführern zu einer

Stellenzulage zu verhelfen? Ich habe aus den Ausführungen des Verbandsvorstandes entnommen, daß der Verband sich sehr ins Zeug gelegt hat. Wir können noch so lange bitten und betteln, das hilft nichts. Ich stelle den Antrag, daß hier auf dem Verbandstag abgestimmt wird, daß die Verbandsleitung des Rottenführerverbandes die Forderung an das Ministerium stellt: Wenn bis zu einem gewissen Tage die Hilfsrottenführer die Stellenzulage des Handwerkerlohnes in ihrer Bahnmeisterei nicht erhalten, die gesamten Hilfsrottenführer von dem genannten Tage an ihr Amt niederlegen. (Unruhe.) Ich vertrete die Ansicht, daß wir nur dadurch zum Ziele unserer berechtigten Forderungen gelangen. Dann müßte natürlich erst eine kleine Propaganda veranstaltet werden, damit sich auch sämtliche Hilfsrottenführer in dieser Sache einig sind. Ich stehe auch auf dem Standpunkt: Jedem Rottenführer einen Hilfsrottenführer beigegeben. Dann bitte ich auch, dafür einzutreten, daß jedem Hilfsrottenführer, der selbständig eine Kolonne führt, ein Vorarbeiter beigegeben wird, der seinen Hilfsweihenstellendienst machen dürfte, sondern nur Vorarbeiterdienst zu versehen hätte. Auch den Vorarbeitern müßte dann eine Stellenzulage gewährt werden. Gebauer fordert die Dienstaufwandsentschädigung ebenfalls für die Rotten- und Hilfsrottenführer und bittet nochmals, bezüglich der Stellenzulage seiner Anregung zu folgen.

Räthen, Bezirksverein Essen, begrüßt den Antrag: Jedem Rottenführer ein Hilfsrottenführer. Jedem Rangiermeister und Zugführer stehen 4 bis 5 Mann zur Seite, aber der Rottenführer hat niemand. Redner schildert den schweren Stand der Rottenführer, die sich mit den schlimmsten Elementen, die jeht der Rote zugeführt würden, herumschlagen müßten. Die Rote komme vollständig in Verzug, wenn man es weiter dulde, daß Verbrecher darin aufgenommen würden. Um die Rote rein zu halten, müsse man schlechte Elemente einfach zurückweisen. Es wird dann gesagt, die Rottenführer sollten erzieherisch wirken. Ja, wie steht es dann aber mit der Besserstellung? Die Einkommenfrage ist auf jeden Fall eine Vorgelegenheit. Wenn der Hilfsrottenführer mit den anderen gleichsteht in der Bezahlung, wird er als Vorgesetzter nicht anerkannt. Dann stellen die Arbeiter den Antrag, alle Eisenbahndienstleute erst in der Rote zu beschäftigen. Ich halte diesen Antrag für berechtigt, da sonst überall das Schleiertum wieder hoch kommt. Man sieht überall Leute, man hat sie kaum gesehen, schon die rote Mütze tragen. Sie müssen alle erst durch die Rote, dann kommt die Rote auch wieder zu Ansehen. Wenn der Stellwerkschlosser, der aus der Rote hervorgegangen ist, die Dienstaufwandsentschädigung bezieht, müssen wir sie auch verlangen. Bei der Anrechnung der Hilfsdienstjahre ist man bis jetzt human mit uns verfahren, aber wir müssen den Punkt noch solange festhalten, bis uns die Anrechnung der Hilfsdienstjahre rechtlich zugesichert wird. Wenn der Hilfsrottenführer keine Stellenzulage erhalten soll, hört alle Autorität auf. Diese Gleichheit und Brüderlichkeit verstehen wir hier im Westen noch nicht.

Rahleß, Bezirksv. Königsberg, rühmt das glänzende Einvernehmen der ganzen Beamtenschaft seines Bezirks und schlägt sich im übrigen den Anträgen an.

Olsen-Dortmund spricht für den energischen Protest gegen die Bahnmeister in Sachen der Beförderungsstelle und gesteht im weiteren Verlaufe seiner Rede an der Hand verschiedener Vorkommnisse die Liebedienerei gewisser Kollegen für die Bahnmeister.

Salzmann, Bezirksverein Cassel: Es heißt, daß jedem Rottenführer ein Hilfsrottenführer beigegeben werden müsse. Das wird natürlich ein Aushilfsrottenführer sein müssen. Hilfsrottenführer sind nur die, die ständig eine Rote führen. Der Aushilfsrottenführer müßte natürlich nur die Zulage erhalten, wenn er als Hilfsrottenführer in Anspruch genommen wird. Wenn die Anstellung als Hilfsrottenführer nicht möglich ist, müßte er diätarisch angestellt werden.

Lehmser, Bezirksverein Leipzig: Ich bin Leitungsaufsicher und möchte zu den Tagelohnern bemerken, daß sie 2 Kilometer außerhalb der Stadtgrenze und nicht von der Bude gerechnet bezahlt werden. Sie standen früher auf 1,50 und betragen seit 1. April 2,25 Mk.

Scholz, Bezirksverein Breslau: Ich habe den verschiedenen Anträgen nichts hinzuzufügen. Die Hauptsache ist, daß der Verbandsvorstand mit allen Mitteln danach strebt, die Anträge auch durchzudrücken, und zwar einen Antrag nach dem andern. Es darf nicht bei den Versprechungen bleiben. Unser Bestreben muß sein, positive Arbeit zu leisten, damit wir uns nicht von unseren Kollegen, wenn wir von den Verbandstagungen zurückkehren, immer sagen lassen müssen: Das ist vor 10 Jahren auch schon gesagt worden.

Fintel, Bezirksverein Duisburg: Alle Anträge deden sich mit unseren Wünschen. Ich stelle noch den Antrag, daß

Der Verbandsvorstand beim Minister dahin vorstellig wird, daß die Ueberweisung der bekräftigten, unzuverlässigen und unbrauchbaren Elemente von anderen Dienststellen an die Rote aufhört. Diese Leute vergrößern die Rottenführer und verfeinden die Rote. Wenn sie bei anderen Dienststellen nichts tangen, mögen sie eben zum Teufel gesagt werden.

Hermann, Bezirksverein Berlin: In der Frage der Stellenzulage hat der Verband gearbeitet, wie er mehr nicht arbeiten konnte. Wenn die Hilfsrotenführer heute die Zulage noch nicht erhalten, so hat der D. G. B. die Schuld. Sogar das Ministerium war damals einverstanden, daß die Zulage gewährt wurde, dann kam aber bei der Lohnkommission der D. G. B. und erklärte: Das gibt es nicht, wir stehen auf dem sozialdemokratischen Standpunkt der Einheitslöhne. Das Ministerium hält sich an die Lohnkommission und wenn hier keine Einigung erzielt wird, ist die Sache nicht durchzudrücken. Was nun die Schutzkleider angeht, die bekommen wir anstandslos, es ist auch genug da. Es ist selbstverständlich, daß wir mit darauf hinwirken, daß die Ueberweisung verbrecherischer Elemente an die Rote unterbleibt. Wir sind aber untergeordnete Stelle und nicht in der Lage, allein vorzugehen. Da müssen die Bahnmeister eingreifen, die müssen mit und nicht gegen die Rottenführer arbeiten. Aber die Einigkeit mit den Bahnmeistern werden wir noch lange nicht erzielen; denn der Standpunkt der Bahnmeister ist der, daß sie uns Rottenführern keine Befugnisse in die Hand geben dürfen, da sonst ihr Prestige darunter leidet. Sie haben eben Angst, daß von ihrem großen Bahnmeister etwas weggenommen wird. Ich kann nicht begreifen, daß sich noch Kollegen zu Liebedienereien für die Bahnmeister hergeben, und daß solche Zustände auf Bahnhöfen eintreten können, wo 2 oder 3 Kollegen vertreten sind. Wir müssen positive Arbeit leisten, wir müssen dahin kommen, daß wir gerade heraus sagen können: Bahnmeister, Du hast gelogen. Wir müssen beweisen, daß wir ohne die Bahnmeister eine tadellose Arbeit leisten können. Da ist es in erster Linie Aufgabe der Bezirksvereinsvorstände, das Standesbewußtsein zu heben. Hier im Verband können wir das nicht, hier können wir nur die Mängel zur Sprache bringen und über Mittel und Wege zur Abstellung beraten. Die positive Arbeit aber gehört in den Bezirksverein hinein.

Dirla, Bezirksverein Marienwerder, bittet den Vorstand, dahin zu wirken, das die Günstlingswirtschaft aufhört. Was nützt es, wenn der Hilfsrotenführer beim Bahnmeister herumläuft, Schreiberdienst tut und auf einmal Rottenführer wird! Das untergräbt die Selbständigkeit des Rottenführers, der nicht einmal mehr imstande ist, eine Schiene auszuwechseln, ohne Anwesenheit des Bahnmeisters. Ich möchte doch bitten, darauf hinzuwirken, daß der Rottenführer wenigstens selbständig eine Schiene auswechseln kann.

Frenzel, Bezirksverein Erfurt, erklärt, daß in seinem Bezirke ebenfalls die Schutzkleider anstandslos gegeben werden. Redner stellt sich im übrigen auf den Standpunkt der Vorredner. Die Rottenführer gehörten in eine höhere Gehaltsklasse.

Zeit, Bezirksverein Krefeld, stellt Schlußantrag zu Punkt 4 der Tagesordnung und bittet dringend, sich vorläufig mit den Anträgen des Verbandes zufrieden zu geben. Wenn wir mit soviel Anträgen kommen, dann heißt es: Die Rottenführer wissen selbst nicht, was sie wollen. Wenn der Rottenführerstand in die Klasse der Werkführer kommt, sind wir alle zufrieden. Zufrieden werden wir auch sein, wenn wir erreichen, daß uns die Hilfsbeamtendiensthilfe angerechnet werden. Das sind für uns neben der Stellenzulage für die Hilfsrotenführer die allerwichtigsten Punkte. Auch die Reisekostenentschädigung kommt noch hinzu. Alle persönlichen Wünsche gehören hier nicht hinein. Ich bitte deshalb dringend, die Debatte über den Punkt Standesangelegenheiten zu schließen.

Vorsitzender Schneider: Zu Punkt 4 gehören auch die Anträge noch, die sich mit den einzelnen Ausführungen deden, und die müssen wir einzeln behandeln, da hilft uns nichts.

Zeit-Krefeld: Ich bin der Ansicht, daß die Bezirksvereine die Anträge, die sich nicht einigermassen mit dieser Sache deden, zurückziehen, damit wir mit diesem Punkte endlich zum Abschluß kommen. Wir können uns doch ruhig mit den Anträgen des Vorstandes zufrieden geben. Die Sache noch breiter zu treten, hat keinen Zweck.

Hermann-Berlin: Da die Standesfragen soweit geklärt sind, möchte ich den Vorsitzenden bitten, an die Antragsteller der Bezirksvereine die Frage zu richten, ob sie sich mit den Anträgen des Vorstandes zu diesem Punkte zufrieden geben, oder ob sie ihre Anträge hierzu noch formulieren wollen. Dann wären wir mit Punkt 4 der Tagesordnung fertig.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages, die Erörterung über die vom Vorstande zu Punkt 4 gemachten Ausführungen zu schließen. Der Vorstand wird beauftragt, alle von ihm selbst hierzu gestellten Anträge Punkt für Punkt bis zur Erledigung durchzuführen.

Gebauer-Düsseldorf: Das lasse ich mir nicht gefallen. Ich habe heute den ersten Antrag gestellt und verlange, daß darüber abgestimmt wird.

Hieran schließt sich eine lebhafte Auseinandersetzung über den Sinn des Antrages Gebauer, der allenthalben als Streikdrohung aufgefaßt war. Gebauer will aber schließlich seinen Antrag dahin verstanden haben, daß die Hilfsrotenführer, falls die Zulage bis zu dem bestimmten Tage nicht bewilligt werde, nicht ihr Amt niederlegen sollen, um zu streiken, sondern um die Hade wieder in die Hand zu nehmen, in der Rote weiter zu arbeiten. Ein klein bißchen radikales Vorgehen könne auch nicht schaden. Es müsse dann unter den Hilfsrotenführern allerdings erst eine kleine Propaganda hierfür gemacht werden.

Vorsitzender Schneider und Frenzel-Erfurt bezeichnen unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung die Möglichkeit, nach dieser Richtung eine Einigkeit unter den Hilfsrotenführern zu erzielen. Die Hilfsrotenführer würden sich dazu nicht hergeben.

Schriftführer Rüdgers verurteilt die obige Gleichmacherei, die eine Folge der Revolution sei, und gibt dem Antragsteller anheim, zunächst einmal den Vorstand zu beauftragen, sofort an maßgebender Stelle mit dieser Forderung vorstellig zu werden. Wenn dann nichts erreicht wird, könne man ja das Amt niederlegen, worauf der Vorstand wiederum an die Verwaltung herantreten müßte.

Scholz-Breslau empfiehlt die Annahme einer Entschliebung, dahin lautend, daß der Verbandstag in Essen die Amtsniederlegung der Hilfsrotenführer und Aufnahme der vorherigen Arbeit beschlossen habe, falls die Stellenzulage nicht bewilligt werden sollte.

Schließlich wird ein Antrag Hermann-Berlin angenommen, der lautet: Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, die Stellenzulage für die Hilfsrotenführer sofort zu fordern. Ablehnung der Forderung hätte zur Folge, daß die Hilfsrotenführer die Führung der Rotten ablehnten und ins Arbeitsverhältnis zurückkehren würden.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

Anträge der Bezirksvereine zu Punkt 4 (Standesangelegenheiten).

Anträge des Bezirksvereins Braunschweig:

1. Antrag: Die Beschlüsse der Vorstandssitzungen des Verbandsvorstandes in den Zeitungen jeweils bekanntzugeben, auch wenn engere Vorstandssitzungen stattfinden.

Begründung: Man möchte die in den Vorstandssitzungen gefassten Beschlüsse gerne in der Zeitung lesen, um orientiert zu sein und Stellung dazu nehmen zu können.

Vorsitzender: Die Beschlüsse wurden bisher schon in der Zeitung veröffentlicht, wahrscheinlich hat man nicht immer die Zeitung gelesen. Jeder Beschuß wird auch für die Folge veröffentlicht werden. Wenn es sich um Fragen handelt, die die Öffentlichkeit nicht angehen, werden die Mitglieder durch Rundschreiben in Kenntnis gesetzt. Der Antrag ist damit erledigt.

2. Antrag: Den Rottenführern auf größeren Bahnhöfen eine Stellenzulage zu gewähren.

Dieser Antrag wird wegen seiner Unbeliebtheit zurückgezogen.

Anträge des Bezirksvereins Insterburg:

1. Antrag: Regelung der Unterstützungsfrage für die gestrichelten Rottenführer.

2. Antrag: Besprechung der politischen Stellung des Verbandes.

Die Anträge können nicht begründet werden, da Insterburg nicht vertreten ist.

Vorsitzender: Wir sind leider nicht in der Lage, eine besondere Unterstützung zu gewähren.

Der Verband hält es für unrichtig, über den politischen Standpunkt zu sprechen. Jeder soll nach seiner Fassung selbigen werden. Die Hauptsache ist, daß man sich auf den Boden des Verbandsprogramms stellt.

Die beiden Anträge sind damit erledigt.

Anträge des Bezirksvereins Duisburg:

1. Antrag: Die Ueberweisung von Arbeitern aus anderen Dienststellen an die Rote muß aufhören.

Be
nichts ta
Die Ro
stellung
werden.
nicht ge
In
hingewie
beiter
samkeit
Dienstle
der Unt
ein and
bestrafte
nicht de
2. V
Dies
das für
kosten,
buch erfo
Spezialb
Der
der Fir
ist, keine
eine Neu
Mistaden
nommen
3. V
Kollegen
Be
hingewie
sich auf
kommt,
richtungen
Bo
Nerten
von irg
hen, ist
überlasse
zum A
Ge
mit die
damit
Bo
schlossen
zeln, in
vergütet
4.
fistallisch
Be
Safenbe
aufgeno
beantwa
bahnbea
nahme
Bo
ten Bri
Nären,
Eisenba
hören d
in die s
dieser
Der
Antr
1.
Schriften
Be
Schriften
haben.
die Be
muß de
So
holt ist
schuß b
Schriften
alten C
warten
Eg
2.
führer.
An
sprache

Begründung: Leute, die bei anderen Dienststellen nichts taugen, sind auch für die Rotte nicht zu gebrauchen. Die Rotte darf nicht verseucht werden. Bei der Neueinstellung von Arbeitern müssen erst die Rottenführer gehört werden. Die Dienststellenvorsteher müssen in der Lage sein, nicht geeignete Leute wieder zurückzuschicken.

In der sich anschließenden Aussprache wird darauf hingewiesen, daß infolge des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter bei den Einstellungen und Entlassungen und der Wirksamkeit der Arbeitsnachweise die Rottenführer und selbst die Dienststellenvorsteher hiergegen machtlos sind. Hierauf wird der Antrag zurückgezogen, weil er keinen Erfolg verspricht, ein anderer Antrag dagegen einstimmig angenommen, daß bestrafte Beamte und Arbeiter bei ihrer Wiedereinstellung nicht der Rotte überwiesen werden dürfen.

2. Antrag: Einführung eines Jahrbuches.

Dieser Antrag wird nach kurzer Auseinandersetzung über das Für und Wider mit Rücksicht auf die hohen Beschaffungskosten, die ein bis in alle Einzelheiten vollendetes Jahrbuch erfordern würde und unter Hinweis auf bereits existierende Spezialbücher befehlenden Inhalts zurückgezogen.

Der Vorsitzende weist im übrigen auf den Vertrag mit der Firma Wehr hin, nach dem der Verband verpflichtet ist, keine Bücher selbst herauszugeben. Die Firma Wehr hat eine Neuauflage drucken lassen. Kollege Heldmann, Oberhausen-Mladen, Herzogstraße 11, hat den Verband der Bücher übernommen und nimmt Bestellungen jederzeit entgegen.

3. Antrag: Maßnahmen gegen die nichtorganisierten Kollegen.

Begründung: Es muß an höherer Stelle darauf hingewirkt werden, daß die nichtorganisierten Kollegen, die sich auf die faule Haut legen und sagen: Was ihr bekommt, bekommen wir auch! von sämtlichen Wohlfahrtsleistungen und Belohnungen ausgeschlossen werden.

Vorsitzender: Ein Zwang kann auf die Nichtorganisierten nicht ausgeübt werden, das ist gesetzlich verboten, sie von irgendwelchen Belohnungen und dergleichen auszuschließen, ist unmöglich. Es bleibt den einzelnen Bezirksvereinen überlassen, in welcher Weise sie die nichtorganisierten Kollegen zum Anschluß bewegen. Damit ist der Antrag erledigt.

Gebauer-Düsseldorf stellt im Zusammenhang hiermit die Frage, ob der Verband Agitationsgelder bezahlt, damit die schlafenden Kollegen aufgeweckt würden.

Vorsitzender: Es ist auf dem 3. Verbandstag beschlossen worden, Agitationsgelder zu bezahlen. Jedem einzelnen, der agitiert und etwas erreicht hat, werden die Kosten vergütet.

4. Antrag: Gleichberechtigung der Rottenführer der fiskalischen Werke.

Begründung: Die 14 Rottenführer der fiskalischen Hafenbahn in Duisburg sind im Duisburger Bezirksverein aufgenommen. Sie sind als Staatsbeamte zu betrachten und beantragen daher auch für sich die Vergünstigungen der Eisenbahnbeamten. Sie wünschen die Freifahrtsscheine und die Aufnahme in die Krankenkasse Tarif 2.

Vorsitzender: Diese Kollegen gehören dem sogenannten Privateisenbahnverband an. Es wird sich mit der Zeit klären, ob sie tatsächlich der staatlichen oder der privaten Eisenbahn angehören. Eigentlich sind sie staatlich und gehören daher nicht in den Privateisenbahnverband, sondern in die staatliche Organisation hinein. Wir werden die Wünsche dieser Kollegen bei der Verwaltung vordringen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Anträge des Bezirksvereins Hannover:

1. Antrag: Verschärfung der Rottenführer-Dienstvorschriften.

Begründung: Durch die Verschärfung der Dienstvorschriften ist es möglich, die Stellung des Rottenführers zu heben. Bis jetzt heißt es immer: Der Bahnmeister trägt die Verantwortung für die Arbeiten. In Wirklichkeit aber muß der Rottenführer die Arbeit leisten.

Scholz-Breslau glaubt, daß dieser Antrag überholt ist, da nach einem ministeriellen Erlaß bereits ein Ausschluß besteht, der sich mit der Aenderung der Dienstvorschriften überhaupt beschäftigt. Es werde sich gegenüber dem alten System wohl vieles ändern, weshalb man ruhig abwarten könne.

Eggers-Hannover zieht darauf den Antrag zurück.

2. Antrag: Bessere Unterkunftsräume für die Rottenführer.

Aus der Begründung und der sich anschließenden Aussprache geht hervor, daß in dieser Hinsicht die Verhältnisse

in den einzelnen Direktionsbezirken grundverschieden sind. Im Breslauer und Erfurter Bezirk lassen die Unterkunftsräume nichts zu wünschen übrig. Die Schuld an schlechten Zuständen wird einmal dem Rottenführer selbst, vorwiegend aber dem Dienststellenvorsteher zugeschrieben, manchmal soll es auch an den Direktionen liegen.

Vorsitzender: Wir hören aus der Aussprache, daß die Sache einmal den einzelnen Direktionen zufällt, andererseits aber auch den Dienststellenvorstehern und den Rottenführern selbst. Es ist deshalb meine Pflicht, den Antragstellern anheim zu geben, selbst vorzugehen. Sind Mißstände im ganzen Bezirk zu beklagen, so bleibt nichts anders übrig, als daß die betr. Kollegen von Hannover, Celle, Nienburg und Uelzen zusammenkommen und eine gemeinsame Beschwerde an die Direktion richten. Handelt es sich nur um einzelne Dienststellen, so müssen sie an die betr. Dienststellenvorsteher selbst herantreten. Damit ist der Antrag erledigt.

3. Antrag: Anstellung der Rottenführer ohne Prüfung.

Begründung: Wenn der Hilfsrottenführer durch eine formlose Prüfung in die Stelle eingereiht wird, hat er durch seine langjährige Praxis wohl bewiesen, daß er den an ihn gestellten Anforderungen gerecht wird. Die Sache ist so gedacht, daß die förmliche Prüfung weggelassen soll.

Vorsitzender: Wir treten wohl alle ein für eine verschärfte Prüfung, auf keinen Fall aber für die Anstellung ohne Prüfung. Hannover ist ja selbst in keinem Antrage betr. die Verschärfung der Dienstvorschriften für die Verschärfung eingetreten. Dieser Antrag steht im Widerspruch damit. Dem Antrage kann nicht stattgegeben werden.

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

4. Antrag: Frühere Anstellung der Hilfsrottenführer.

Eggers-Hannover zur Begründung: Ließe es sich nicht ermöglichen, daß die Hilfsrottenführer in der gleichen Weise wie die Hilfsrangierführer schon mit 10 oder 12 Jahren angestellt werden? E. beklagt, daß er selbst trotz seiner vielen Dienstjahre und der vielen neuen Stellen noch zu keiner Anstellung kommen könne.

Vorsitzender: Ich habe schon ausgeführt, daß wir in diesem Jahre circa 820 Stellen dazu bekommen haben. Der Abgeordnete Schmidt hat mir seinerzeit gesagt, mit diesem Etat möchten wir uns vorläufig begnügen und abwarten. Nichtsdestoweniger werden wir auf eine frühere Anstellung der Hilfsrottenführer hinarbeiten. Wenn von dieser Vermehrung wieder Bevorzugte profitiert haben, so schlage ich vor, daß zunächst einmal die Bezirksvereine die Sache in die Hand nehmen und durch Fragebogen entsprechende Feststellungen machen. Dann können wir energisch vorgehen.

Hermann-Berlin empfiehlt, sich bei solchen Vorkommnissen an den Beamterrat zu wenden, der in Berlin einen solchen Fall mit Erfolg richtiggestellt habe. In einem demnächstigen Antrage müsse auf die Verkleinerung der Rotten hingewirkt werden. Dadurch werden mehr Rottenführerstellen geschaffen und es wird verhindert, daß die Hilfsrottenführer in andere Betriebe gesteckt werden.

Damit ist auch dieser Antrag erledigt.

Antrag des Bezirksvereins Erfurt:

Anrechnung der längeren Wegestrecken in die Arbeitszeit und Einführung einer einheitlichen Dienstschicht.

Frenzel-Erfurt begründet den Antrag und wünscht, daß der Weg bis zur Arbeitsstätte für den Dienst in Anrechnung komme, desal. der Rückweg. F. spricht dann für die Einführung einer einheitlichen Dienstschicht, und zwar im Sommer von 6—2 Uhr mit einer halbstündigen Pause, im Winter von 7—4 Uhr mit einer einstündigen Pause.

Die Aussprache läßt erkennen, daß die Dienstberechnung in den einzelnen Direktionsbezirken ganz verschieden gehandhabt wird; hier beginnt die Arbeitszeit mit der Inempfangnahme des Werkzeuges, dort an der Arbeitsstelle selbst usw. Zu der beantragten Einführung einer Sommer-schicht wurde auf den ablehnenden Standpunkt des Ministers gegenüber einer Neuordnung hingewiesen, weshalb hier auch nichts unternommen werden könne.

Scholz-Breslau macht auf einen Erlaß aufmerksam, wonach den Lokomotiv- und Zugführern und dem ganzen Zugpersonal die Vorbereitungszeit als Dienst mit angerechnet werde. Der Verband müsse wegen dieser ungleichen Behandlung energisch vorstellig werden und den Antrag stellen, daß diese Vergünstigung auch den Rottenführern zugestanden wird, indem man ihnen die Laufzeit für den Dienst mit-anrechnet.

Vorsitzender: Ich höre zu meinem Erstaunen von den Vergünstigungen, die den Lokomotivführern und dem

Zugpersonal gewährt sind. Wir werden ganz energisch dafür eintreten, daß uns daselbe zugestanden wird.

Hier wird die Versammlung aufgehoben und in die Mittagspause eingetreten.

Wiederbeginn 3 Uhr nachmittags.

Antrag des Bezirksvereins Paderborn:

Gewährung einer Tageszulage von 3 Mark an die Kottenträger für Tunnelarbeiten.

Der Antrag wird nach kurzer Begründung angenommen.

Antrag des Bezirksvereins Dänneburg:

Gewährung von Telegraphengeldern.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Vorsitzender: Die meisten Anträge der Bezirksvereine sind erst gestern abend eingegangen, obwohl sie bis Mitte Mai verlangt waren. Nach der Geschäftsordnung ist Punkt 5 erschöpft. Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Änderung der Satzungen und Erhöhung der Beiträge.

In Anbetracht der ungewissen politischen Lage ist es meines Erachtens nicht wünschenswert, daß wir in diesem Jahre die Satzungen ändern, weil wir sie im nächsten Jahre schließlich wieder ändern müssen. Es sind auch nur kleine Formfehler, die der Krenzzeit entsprechend abgeändert werden müßten. Vielleicht können wir die kleinen Änderungen vornehmen, die den § 1, vorletzter Absatz (Ausschluß Konfessioneller Bestrebungen), und die Erweiterung des Vorstandes anbetreffen.

Scholz-Breslau stellt den Antrag, infolge der ungewissen politischen Lage und mit Rücksicht auf die Krenzzeit, die sich der Verband für den Anschluß an eine große Organisation gestellt hat, die Satzungsänderungen fallen zu lassen und nur über die Erhöhung der Beiträge zu beraten. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Erhöhung der Beiträge!

Der Vorsitzende begründet die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung mit den veränderten Verhältnissen und den dauernd zunehmenden Sterbefällen und bittet, eine Radikalur vorzunehmen, damit man nicht nach 1 oder 2 Jahren nochmals mit einer Beitragserhöhung kommen müsse. Es wird eine Beitragserhöhung auf 3 Mark vorgeschlagen.

Frenzel-Erfurt spricht sich unter Hinweis auf das Verbandsvermögen gegen die Beitragserhöhung aus, möchte sie aber zum mindesten um 1 Jahr, das heißt, bis der Anschluß an eine Großorganisation vollzogen ist, zurückgestellt wissen.

Scholz-Breslau: In den Satzungen § 2 Absatz 2 heißt es: Jedes Mitglied zahlt 2 Mark. Wenn hier zum Ausdruck gebracht wird, daß wir bereits eine Erhöhung auf 2,50 Mark vorgenommen haben, so trifft das nur insoweit zu, als wir auf dem Verbandstage in Saarbrücken ausdrücklich beschlossen haben, daß wir diesen Beitrag von 2,50 M. für die Kriegszeit bezahlen wollen. Nun werden ja noch 2,50 M. weiter gezahlt, nachdem der Krieg zu Ende ist. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir hier nur die Beitragserhöhung auf 2,50 M. endgültig festsetzen, davon die Antosten wohl gedeckt werden können. Bei einer weiteren Erhöhung laufen wir sonst Gefahr, viele Mitglieder zu verlieren. Ich bin gegen eine Erhöhung auf 3 M. und für eine Festsetzung des Beitrages auf 2,50 M.

Vorsitzender: Ich werfe hier etwas dazwischen, ich kann nicht anders. Es ist tief bedauerlich, daß es nicht möglich ist, unseren Verband auf gesunde finanzielle Füße zu stellen. Es ist beklügend, daß die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung nicht anerkannt wird, wo man andererseits doch soviel Geld aus dem Verbands herausholt. Bedenke man doch, wieviel die Mitglieder schon für den Bund gezahlt haben, und noch immer mehr zahlen sollen, und nichts davon haben.

Kolte-Paderborn spricht sich für, Dissen-Dortmund und Kahle-Rönigsberg sprechen sich trotzdem gegen die Erhöhung aus.

Schriftführer Rüdgers hebt hervor, daß das Verbandsvermögen keineswegs auf den Beiträgen basiert, sondern die Ueberschüsse lediglich von der Zeitung herrühren. Wenn man berechnet, daß an Beiträgen in 30 Jahren nur 300 M. herauskommen, und die Vorteile der Sterbekasse dagegen hält, würden eigentlich überhaupt keine Beiträge gezahlt. Außerdem bekomme man auch noch die Zeitung.

Vorsitzender: Wir fügen uns dem, was heute hier

beschlossen wird, aber die Konsequenzen mag der heutige Verbandstag tragen. Ich lasse darüber abstimmen.

Scholz-Breslau bittet den Vorsitzenden, die Dringlichkeit der Beitragserhöhung ausführlicher zu begründen.

Vorsitzender: In diesem halben Jahre sind bereits 10 000 Mark an Sterbegeldern bezahlt worden. Wenn das so weiter geht, kommen wir in diesem Jahre auf 20 000 M. Wir müssen ferner damit rechnen, daß uns eine Zahl von 300 Mitgliedern verloren geht durch die Abgabe von Posen usw., was eine erhebliche Verminderung der Beitragseinnahmen bedeutet. Wir können aber nicht damit rechnen, daß nun auch soviel weniger Sterbefälle vorkommen. Die Ausgaben sind auch beträchtlich gestiegen u. a. durch die Erhöhung des Portos. Heute ist es auch nicht mehr möglich, für 10 M. Tagesgelder zu reisen. Wir machen das ja immer noch für das Geld, aber für die Zukunft kann man das unmöglich verlangen. Der Vorstand lehnt im Falle der Ablehnung jede Verantwortung ab. Der Verbandstag muß dann die Konsequenzen tragen.

Gebauer-Düsseldorf: Ich stelle den Antrag, den vierteljährlichen Beitrag um 1 M. zu erhöhen. Wir müssen den politischen Verhältnissen ins Auge schauen und damit rechnen, daß wir auch einmal genötigt sein können, an der Verband den Ruf zu richten, für einige Tage den Dienst einzustellen. Dann muß doch Geld in der Kasse sein. Wenn kein Geld in der Kasse ist, kann der Verband nicht arbeiten.

Vorsitzender: Ich muß darauf erwidern, daß wir unser Geld nicht für Streiks zurücklegen. Wir haben eine Wohlfahrtskasse und keine Streikkasse.

Hamburg spricht sich noch für die Beitragserhöhung aus.

Scholz-Breslau ist schließlich damit einverstanden, daß die Beiträge von 2 auf 3 Mark erhöht werden, jedoch erst ab 1. Oktober.

Hermann-Berlin: Ich habe den Auftrag, einer Beitragserhöhung bis zu 3 Mark zuzustimmen. Wenn wir standesgemäße Arbeit leisten wollen, müssen wir auch Geld dazu haben. Wir können uns nicht auf das Kapital des Verbandes stützen. Wir müssen unseren Bestand nach Möglichkeit aufrecht erhalten. Mit 3 Mark werden wir gut auskommen. Einer Erhöhung darüber hinaus bin ich nicht in der Lage zuzustimmen.

Fink-Duisburg: Wenn die Sterbefälle so anhalten, können wir nicht bestehen. Ich bitte, dem Vorschlag des Vorstandes zuzustimmen.

Schachmeister Berg betont ebenfalls die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung, richtet an die Delegierten den Appell einer pünktlichen Beitragszahlung, das leuchtende Beispiel Breslaus hervorhebend, und stellt schließlich den Antrag, die Bezirksvereine zu verpflichten, die vierteljährlichen Beiträge voll abzuführen.

Es wird beschlossen, diesen letzten Antrag nach Erledigung des zur Beratung stehenden Punktes besonders zu behandeln.

Gewerkschaftssekretär Knebel: Wenn Sie auch Ihren Beitrag auf 3 Mark erhöhen, von einem Gewerkschaftsbeitrag kann nach wie vor keine Rede sein. Sie können damit mit den übrigen Gewerkschaften immer noch nicht konkurrieren. Sie dürfen nicht vergessen, daß wir eine Revolution gehabt haben und daß die Neugestaltung eine ganz erhebliche Mehrausgabe im Gefolge haben wird. Ich will Sie garnicht darin beeinflussen, aber Sie müssen Ihre Mitglieder erziehen, damit sie für ihre Standesinteressen gerne die Opfer bringen, die nun einmal notwendig sind. Ich will Sie nur darauf aufmerksam machen, daß Sie auch mit diesen Beiträgen gegenüber den Leistungen Ihrer Wohlfahrtsinstitutionen auf die Dauer ganz bestimmt nicht auskommen werden. Ich könnte Ihnen das Beispiel vom Weichenstellerverband und auch von anderen Verbänden vor Augen führen, die heute eine so erschreckend hohe Sterbeziffer haben, daß sie mit wesentlich höheren Beiträgen nicht mehr in der Lage sind, die Sterbegelder zu bezahlen. Der Weichenstellerverband zahlt wöchentlich 25 Pf. und ist nicht in der Lage, die Sterbegelder allein zu bezahlen. Sie dürfen sich nicht darüber täuschen, daß Sie Vermögen haben. Die Sterblichkeit nimmt zu infolge des Alters Ihrer Mitglieder. Es ist Zeit, eine Generalregelung endgültig herbeizuführen.

Der Hamburger Vertreter stellt den Antrag, daß, wenn der Beitrag erhöht wird, auch für die Bezirkskassen eine Kleinigkeit abfällt.

Vorsitzender: Ich bin der Ansicht, daß die Bezirkskassen wohl auskommen können, die Erhöhung hätte sonst keinen Zweck.

Gebauer-Düsseldorf bittet, zuerst über keinen Antrag abzustimmen, den Beitrag auf 3,50 Mark zu erhöhen. Er möchte das Geld auch nicht für Streiks zurückgelegt haben, sondern zur Unterstützung.

Sieran schließt sich wieder eine kurze Auseinandersetzung über die Auffassung von dem bisherigen Beitrag, der nach den Satzungen nicht 2,50 Mark, sondern 2 Mark beträgt; denn die derzeitige Festsetzung auf 2,50 Mark war eine Kriegsmahnahme.

Der Antrag Gebauer wird schließlich abgelehnt und eine Erhöhung des Beitrages auf 3 Mark pro Quartal beschlossen. Die Änderung tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft.

Dementsprechend wird eine Veränderung des Paragraphen 3, Teil 2, Absatz 2 vorgenommen, der nun lautet:

An laufenden Beiträgen zahlt jedes Mitglied vierteljährlich 3 Mark. Hierfür wird ihm die Verbandszeitung zugestellt und die festgesetzte Unterstützung gezahlt. 25 Pfg. erhält die Kasse des Bezirksvereins zur Befreiung der nötigen Ausgaben für die Geschäftsführung. Der Ueberschuss kann für andere Zwecke verwendet werden.

Die Veränderung wird einstimmig entgegengenommen.

Es kommt dann der besondere Antrag des Schachmeisters Berg zur Beratung, die Bezirksvereine zu verpflichten, die vierteljährlichen Beiträge voll abzuführen. Der Antrag soll ein Ansporn für die Bezirksvereine sein, mit größerem Nachdruck auf die säumigen Beitragszahler einzuwirken. Einige Delegierte machen ihre Bedenken hinsichtlich der kleinen Vereine geltend und empfehlen die Beibehaltung des bisherigen Verfahrens. Von anderer Seite wird dagegen die Nachzahlung eines Verfahrens anheimgegeben, sich die Beiträge gleich für 2 Quartale bezahlen zu lassen, dann komme man nie in Verlegenheit und sei immer in der Lage, den Quartalsbeitrag voll abzuführen.

Der Antrag Berg wird darauf angenommen.

Es folgt der 7. Punkt der Tagesordnung:

Vorstandswahl.

Schriftführer Mülders und Schachmeister Berg werden auf Vorschlag per Affirmation einstimmig wiedergewählt.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung:

Wahl der Kassenrevisoren und Beisitzer

wird entgegen dem Vorschlage der Wiederwahl von Frenzel-Erfurt empfohlen, die Kassenrevisoren jeweils aus dem Bezirke zu wählen, in dem der nächste Verbandstag stattfinden werde. Der Vorschlag erweist sich als unmöglich, da die Verbandskasse sachungsgemäß zweimal jährlich zu revidieren ist und jede Revision ungefähr einen ganzen Tag erfordert. Im übrigen aber bedankt sich auch der Schachmeister dafür, in einem großen Haufen Belege und Bücher zum nächsten Tagungsorte mitzuschleppen.

Scholz-Breslau: Es könnte uns aus den Kreisen unserer Mitglieder der Vorwurf gemacht werden: Warum werden die Kassenrevisoren Jahr für Jahr wiedergewählt. Ich habe absolut nichts gegen die alten Revisoren, möchte das aber zu bedenken geben. Ich bin daher für eine Neuwahl.

Hermann-Berlin: Wenn die Verbandskasse sachgemäß revidiert werden soll, ist es nicht möglich, dies in einigen Stunden zu tun. Es brauchen ja nicht wieder die beiden bisherigen Kollegen zu sein, aber es kommen doch immer nur zwei Kollegen aus dieser nächsten Nähe in Frage, weil es nicht angeht, zur Kassenrevision beispielsweise vom Osten nach dem Westen zu reisen.

Es entwickelt sich eine erregte Auseinandersetzung über diesen Punkt, wobei das Wort „Misstrauensvotum“ die Hauptrolle spielt, allerlei Vorschläge zur Neuwahl werden gemacht, bis sich schließlich auch dieser Punkt der Tagesordnung durch eine Wiederwahl der alten Kollegen Schürmann-Hagen und Rähren-Essen als Kassenrevisoren per Affirmation in Wohlgefallen erledigt. Darauf werden auch die Beisitzer per Affirmation einstimmig wiedergewählt, womit die Geschäftsordnung des 2. Verhandlungstages erledigt ist.

3. Tag.

Verbandsvorsitzender Schaeffer eröffnet die Sitzung um 10 Uhr mit einigen kleineren Mitteilungen. „Werte Kollegen! Im Generalanleger lese ich, daß die sozialdemokratische Partei das Streikrecht der Beamten nicht mehr anerkennt bzw. verweigert. Wir wissen jetzt, woran wir sind. Wenn nicht einmal die sozialdemokratische Partei, die sich zurzeit am Ruder befindet, das Streikrecht der Beamten mehr anerkennt, dann wäre es schließlich besser gewesen, wenn wir die alte Regierung behalten hätten. Dann möchte ich Euch noch folgendes

mit auf den Weg geben: Ein alter Bekannter von mir, Wagenmeister Arend, Mitglied der Nationalversammlung, erzählte mir, die Wagenmeister hätten auf ihrem Verbandstag beschlossen, jährlich einen Beitrag von 20 Mark zu zahlen. Der Vorstand hatte nur 16 Mark beantragt, die Versammlung ist also noch 4 Mark darüber hinausgegangen. Die Wagenmeister rechnen damit, daß wir spätestens Januar Neuwahlen zu den Parlamenten haben werden und da wollen sie sich rechtzeitig auf die Hinterbeine setzen, um wieder einige Abgeordnete durchzubringen. Wir kommen nun zu Punkt 1 der Tagesordnung: Festsetzung der Höhe der für das Geschäftsjahr 1920 zu zahlenden Sterbeunterstützungs- bzw. Abfindungssumme. Ich glaube, es ist nicht notwendig, über diesen Punkt lange zu beraten. Ich schlage vor, die bisherigen Sätze beizubehalten. Die Versammlung stimmt diesem Vorschlag widerspruchlos zu.

Punkt 2 der Tagesordnung: Wahl des nächsten Verhandlungsortes.

Vorsitzender: Es liegt dazu ein Antrag des Bezirksvereins Braunschweig vor, den nächsten Verbandstag in Braunschweig abzuhalten.

Delegierter Eggers-Hannover: Ich beantrage, den nächsten Verbandstag nach Hannover zu verlegen. Hannover ist einer der ältesten Vereine im Verband und hat auch schon zu wiederholten Malen den Antrag gestellt. Man hat mich beauftragt, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß Hannover als nächstjähriger Tagungsort gewählt wird.

Mennicke-Halle: Ich beantrage, die Reihenfolge einzuhalten. Demzufolge wäre dann Hamburg daran, hernach Hagen i. W. und darauf Halle. Ich bitte, die Kollegen zu befragen, ob sie ihr Vorrecht noch beanspruchen.

Auf Befragen verzichten Hamburg und Hagen auf den Vorrang. Einige Delegierte aus dem Osten weisen darauf hin, daß die dortigen Bezirksvereine es nicht erwidern könnten, die Kosten für den Besuch eines im Westen abgehaltenen Verbandstages jedes Jahr zu tragen. Die Kosten belaufen sich auf mindestens 150 Mark.

Nach längerem Hin und Her wird über die Frage abgestimmt. Halle wird als nächster Tagungsort des Verbandstages gewählt. Die Anträge Braunschweig und Hannover bleiben vorgemerkt. Schließlich beantragt auch Salzmann-Cassel, Cassel als Tagungsort vorzumerken.

Punkt 3 der Tagesordnung: Zeitungsvertrag.

Vorsitzender: Die Firma Sandt hat uns den ganzen Krieg hindurch die Zeitung für dasselbe Geld geliefert. Es kann nicht bestritten werden, daß die Preise für Papier und die allgemeinen Druckkosten ganz gewaltig gestiegen sind. Die Firma ist deshalb an uns herantreten mit der Forderung, den Vierteljahrs-Abonnementpreis von 60 Pfg. um 10 Pfg. auf 70 Pfg. zu erhöhen. Ich beantrage, diese Forderung zu bewilligen. Die Firma hat uns großes Entgegenkommen erwiesen. Manche Verbände haben während des Krieges ihre Zeitschrift überhaupt nicht beziehen können. Wir haben immer unsere Zeitung erhalten, wenn sie auch manchmal etwas unregelmäßig erschienen ist. Das hat zum Teil auch an mir gelegen, da ich häufig noch in den letzten Tagen vor der Drucklegung irgendein Manuskript hineinbringen wollte, wodurch der Druck sich dann um einige Tage verzögerte. Sonstige Verzögerungen in der Zustellung sind auf die Unordnung im Verlagswesen zurückzuführen. Stettin fragt an, wann die Vereine die Zeitungen von der Post zu erwarten haben. Ja, das kann man nicht sagen. Die Zeitungen werden der Post an einem bestimmten Tage in Hattungen übergeben, aber wie die Dinge heute liegen, kommt es vor, daß manchmal eine ganze Woche vergeht, bevor eine Sendung ihr Ziel erreicht. Sobald wieder geordnete bessere Verhältnisse bestehen, werden wir die Zeitung wieder in dem früheren Umfang (10 und 12 Seiten) erscheinen lassen und auch wieder einen eingehenderen Textteil, bildliche Darstellungen usw. bringen.

Scholz-Breslau befürwortet die Bewilligung des Zuschlages von 10 Pfg. Verschiedene Delegierte aus den besetzten Gebieten weisen auf ihre schwierige Lage hin, da sie gar keine Zeitung bekommen und so Gefahr laufen, vollständig den Zusammenhang untereinander und mit dem Verband zu verlieren. Der Vorsitzende teilt mit, daß für die Kollegen in den besetzten Gebieten (mit Ausnahme Elsaß-Lothringens) alle während der Besatzungszeit erschienenen Nummern der Zeitung nachgeliefert werden. Sie sind zu diesem Zweck noch alle vorrätig.

Leimser-Leipzig bittet, in Zukunft auch Arbeiten aus der Praxis der Leitungsausschüsse in der Zeitung zu veröffentlichen. Aus der Mitte der Versammlung wird darauf erwidert, wenn die Herren das wünschen, mögen sie nur ge-

eignete Aufsätze einreichen, dann wird davon schon etwas aufgenommen werden. Im Vorstand befindet sich kein Leitungsausschuss, der Sachen aus der Praxis schreiben könnte.

Kastenholz-Köln bringt einen Fall zur Sprache, in dem ein Kollege in einem Kölner Vorort die Zeitung dauernd erhalten habe, alle anderen in Köln dagegen nicht.

Vorsitzender und ein Delegierter aus dem besetzten Gebieten erwidern darauf, daran könne niemand etwas ändern, das richte sich ganz nach der willkürlichen Handhabung der Grenzsperrvorschriften durch die einzelnen Abschnittskommandanten der Verbündeten, denen die in Frage kommenden Zensoren, Postprüfungsstellen usw. unterstellt seien. Delegierte aus den besetzten Gebieten weisen nochmals nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, unter allen Umständen den Zusammenhang unter den einzelnen Bezirksvereinen aufrecht zu erhalten. Die Zeitung sei eines der wichtigsten Mittel zu diesem Zweck. Die Bezirksvereine untereinander hätten bisher auch zu wenig Fühlung miteinander genommen. Sie müßten in wichtigen Fragen gemeinsam vorgehen. Ein Delegierter schildert besonders die Schwierigkeiten, die bei Todesfällen usw. entstehen. Man sei in den Bezirksvereinen kaum in der Lage, die dann fälligen Unterstützungsgelder zu zahlen. Man sei schließlich gezwungen, den Leuten das Sterben in dieser Zeit zu verbieten. (Heiterkeit.)

Darauf wird der Zeitungsvertrag (vierteljährlich 70 Pf. statt bisher 60 Pf. Abonnementspreis) einstimmig genehmigt.

Mennide-Halle dankt für die Wahl Halles zum nächstjährigen Verbandstag. Sein Bezirksverein werde sein möglichstes tun, um den auswärtigen Kollegen den Aufenthalt in Halle angenehm zu gestalten. (Bravo!)

Punkt 4 der Tagesordnung: Verschiedenes.

Verbandsvorsitzender Schneider: Vom Bezirksverein Allenstein ist mir ein Schreiben folgendes Inhalts zugegangen: „Sämtliche Mitglieder unseres Bezirks befinden sich in den Gebieten, über deren Zukunft demnächst eine Volksabstimmung entscheiden soll. Im Falle die west- und ostpreussischen Gebiete an Polen fallen, was gedenkt die Verbandsleitung zu tun, um unsere Ansprüche auf Sterbegeld sowie Wohlfahrtseinrichtungen sicherzustellen? Gehen uns etwa alle Ansprüche verloren? Zwei Drittel der Mitglieder des Bezirksvereins hatten beschlossen, die Beiträge nicht weiter zu zahlen. Auf meine Vorstellungen hin wurde dann beschlossen, die Beiträge weiter zu zahlen und dem Verbande treu zu bleiben. Um gültigen Bescheid wird gebeten.“ Vorsitzender Schneider erwähnt hierbei, daß die Gewerkschaft oder besser das Reichskartell der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner schon in Danzig eine Geschäftsstelle errichtet habe, um die Interessen der von der Abtretung der ostpreussischen Gebiete betroffenen Genossen wahrzunehmen. Solange unsere dortigen Kollegen ihre Beiträge zahlen, müssen wir ihnen selbstverständlich auch das Sterbegeld zahlen.

Scholz-Breslau: Sobald die Abstimmung zu unseren Ungunsten ausgefallen ist, werden die Polen einen Teil der Beamten übernehmen und die sind dann für uns verloren. Sie können dann ihre Beiträge nicht mehr an uns abführen. Wir müssen uns deshalb darüber schlüssig werden, wie wir sie in diesem Falle zu entschädigen gedenken. Die Gefahr ist sehr groß; auch für Oberschlesien. Die Polen schließen auch nach Breslau. Wir müssen unseren dortigen Kollegen entgegenkommen.

Dirla-Marienwerder: Die Polen werden den Verkehr unserer dortigen Kollegen mit unserem Verbande nicht gestatten. Ich für meine Person werde einer Auslieferung an die Polen die Rückkehr auf deutsches Gebiet vorziehen. Aber das kommt nur für wenige in Frage.

Manden-Krefeld: Die Lage derer, die vom Deutschen Reich abgeschnitten werden, kann nur der richtig verstehen, der selbst im besetzten Gebiet wohnt. Da herrscht das feindliche Maschinengewehr, da gibt es keinen Spartakus und keinen Streik. Jeder Beamte in Polen, der zu einem deutschen Verband gehört, hat nichts zu lachen. Wir müssen daher einen Fonds aufbringen, zu dem jeder Bezirksverein beizutragen hat.

Hermann-Berlin: Ich schlage vor: Sollte Allenstein zu Polen geschlagen werden, so wollen wir den Bezirksverein entsprechend unseren Satzungen entschädigen. Dann werden wir jedem gerecht und sind aus allen Schwierigkeiten heraus.

Scholz-Breslau pflichtet den Ausführungen Hermann bei.

Schriftführer Rüdgers weist darauf hin, daß auf der heutigen Tagung über diese Angelegenheit kein endgültiger Beschluß gefaßt werden könne.

Mennide-Halle: Unsere Kasse würde durch diese Entschädigung schwer in Mitleidenschaft gezogen. Ich appelliere deshalb an das Wohlwollen säm. Koll., die die Leiden einer Abplünderung von unserem Vaterlande nicht kennen gelernt haben, in die Tasche zu greifen und einen Betrag zur Verfügung zu stellen, damit jenen Kollegen geholfen wird. Zwei oder drei Mark muß jeder beisteuern.

Es wird dann festgestellt, daß von der Abtretung die Bezirksvereine Allenstein, Rattowitz, Bissa, Posen und zum Teil Schneidemühl, Löhren und Marienwerder, zusammen etwa 400 Mitglieder, betroffen werden.

Der Vertreter Duisburgs schlägt prozentuales Verfahren vor, ähnlich wie man es mit den Mitgliedern des Duisburger Vereins gemacht habe.

Gebauer-Düsseldorf kommt auf die gestrige Debatte über die Festsetzung des Beitrags zurück und schlägt einen jährlichen Beitrag von 20,— Mark (Zwanzig) vor. Er glaubt, daß ein solcher Beschluß auch eine gute Propaganda für den Verband sein werde. Außerdem beantragt Gebauer, daß jeder Kollege 6 Mark bezahlen soll, um den Kollegen in den bedrohten Gebieten zu Hilfe zu kommen. Das wird auch zum erhöhten Ansehen des Verbandes beitragen.

Scholz-Breslau widerspricht diesem Antrag. Man müsse die Zeit abwarten und dann feststellen, was man tun könne.

Schürmann-Hagen i. Westf.: Das muß dem Vorstand überlassen bleiben. Ich möchte nur bemerken, daß nur diejenigen Kollegen, die ihre Pflicht dem Verbande gegenüber erfüllt haben, etwas bekommen, sonst geht schließlich unser ganzes Verbandsvermögen zum Teufel. Dann kommen auch noch die Eskalothringer, die seit Jahren nicht mehr gezahlt haben, und verlangen volle Entschädigung.

Hermann-Berlin: Wir wollen über diese Frage heute keinen Beschluß fassen. Wir wollen nur den Vorstand zu folgender Erklärung ermächtigen: „Sollte es Kollegen nach Abtretung der betreffenden Gebiete nicht möglich sein, beim Verbande zu bleiben, so wird der Verband nochmals dazu Stellung nehmen und über eine an die auscheidenden Mitglieder zu zahlende Entschädigung beschließen.“

Rüdgers: Im Geschäftsbericht wurde schon auf diese Angelegenheit hingewiesen. Es wird in dem Bericht erwähnt, daß wir infolge der Abtretung der Gebiete mit großem Abgang von Mitgliedern rechnen müssen. Ich habe am Schluß des Berichts bemerkt: Wir rufen unseren Kollegen in jenen Gebieten keinen Abschiedsgruß, sondern ein: „Auf Wiedersehen!“ zu. Zu dem Antrag des Kollegen Gebauer möchte ich bemerken: Es ist m. E. ein schlechtes Agitationsmittel, wenn jemand aufgefordert wird, in die Tasche zu greifen.

Nach weiteren Äußerungen einiger Delegierter wird dem Antrage Hermann entsprechend beschlossen.

Verbandsvorsitzender Schneider verliest hierauf einen Brief eines Hilfsrottenführers namens Karl Schneider aus dem Bezirksverein Erfurt, worin der Vorstand um Unterstützung gebeten wird in folgender Angelegenheit: Schneider glaubte seit Jahren Anspruch auf eine Rottenführerstelle zu haben (er ist seit 1904 im Dienst), wurde aber immer wieder hingehalten, bis ihm jetzt der Bescheid zuteil wird, er eigne sich nicht zum Rottenführer, weil er zu sehr mit den Leuten gehaßt habe.

Vors. Schneider schlägt vor, diese Sache zunächst von dem Bezirksverein Erfurt untersuchen zu lassen. Der Vertreter Erfurts spricht sein Erstaunen darüber aus, daß der Betreffende sich nicht selbst direkt an den Erfurter Bezirksverein gewendet habe.

Scholz-Breslau bringt einige Fälle zur Sprache, in denen Hilfsrottenführern die Qualifikation zum Rottenführer bereits abgesprochen war, ohne daß der so Versetzte eine Ahnung hatte. Oberbaukontrolleur und Amtsvorstand und evtl. auch der Bahnmeister haben irgendetwas gegen ihn, sei es, daß er zu viel mit den Leuten haßt oder was den Gründe mehr sind, und schon ist er verurteilt. Vom Rottenführer wird allerhand verlangt, aber wenn es ans Bezahlen geht, wenn keine Entlohnung in Frage kommt, dann ist der Rottenführer der letzte. Darum möchte ich dem Vorstande nochmals eine ganz energische Haltung in Sachen der Gehaltserhöhung ans Herz legen.

Gebauer-Düsseldorf: Wir müssen in dieser Frage ganz radikal vorgehen.

Kahle-Rönnigsberg empfiehlt eine engere Fühlungnahme der einzelnen Bezirksvereine untereinander. Er persönlich habe sich mit den benachbarten Bezirksvereinen in Verbindung gesetzt, aber von manchen Kollegen überhaupt

keine Antwort bekommen, gerade als ob man sich beleidigt fühle.

Verbandsvorsitzender Schneider nimmt zu diesem Thema in längeren Ausführungen Stellung. Man habe schon im Vorstand vor längerer Zeit angeregt, innerhalb der großen Direktionsbezirke Ortsgruppen zu errichten. Dadurch würde den Mitgliedern der Besuch der Versammlungen wesentlich erleichtert, ferner könnten sie dann besser Abgeordnete zu den größeren Tagungen ernennen usw. Aber man sei mit diesem Gedanken unter den Mitgliedern auf Widerstand gestoßen. Der Organisationsgedanke habe noch nicht genügend tiefe Wurzel gefaßt.

Scholz-Breslau, Hermann-Berlin und Barbs-Hamburg-Altona berichten über die Gliederung innerhalb ihrer Bezirksvereine, wobei der Unterschied hervorgehoben wird, je nachdem, ob man es mit industriellen oder ländlichen Bezirken zu tun habe.

Verbandsvorsitzender Schneider legt den Delegierten die Frage der straffen Organisation nochmals warm ans Herz. Essen sei schon genügend aufgeteilt, da habe man die Untervereine Dortmund, Hamm, Essen und Duisburg, die könnten bestehen bleiben, nur müßten sie mehr miteinander Fühlung nehmen.

Frenzel-Erfurt unterstreicht die Ausführungen des Vorsitzenden. Eine eingehende Ortsgruppengliederung sei auch eine große Erleichterung für den Schatzmeister. Heute seien die Entfernungen zu groß zwischen den einzelnen Orten und dem Sitz des Bezirksvereins.

Cumtow-Stettin berichtet, er habe oben in Hinterpommern Kollegen angetroffen, die überhaupt nicht gewußt hätten, daß ein Rottenführerverband besteht.

Seik-Krefeld: Sobald wieder geordnete Verhältnisse herrschen, muß dieses Ortsgruppensystem satzungsgemäß festgelegt werden. Dabei können wir die Direktionsbezirksvereine als übergeordnete Organisation für die Ortsgruppen festhalten.

Rastholz-Röln befürchtet, daß durch die Neubildungen bzw. -gründungen den Mitgliedern Kosten erwachsen, die manche kleine Ortsgruppe nicht tragen kann. Es herrsche auch zu wenig Interesse. Man habe früher Versammlungen erlebt, wo von 150 Mitgliedern 10 erschienen waren.

Rahled-Königsberg erinnert daran, daß für solche Zwecke (Versammlungsbesuche usw.) Freifahrtsscheine beantragt werden könnten.

Hermann-Berlin: Wir haben die Organisationsfrage wiederholt aufs Tapet gesetzt; zur endgültigen Stellungnahme wollten wir den Verbandstag abwarten. Im Berliner Bezirk haben wir amtsweise Ortsgruppen gebildet. Jedes Vierteljahr findet eine Bezirksversammlung statt. Im April haben wir unseren Vierteljahrsbeitrag auf 4 Mark erhöht, um nicht an den Verband herantreten zu brauchen.

Verbandsvorsitzender Schneider: Wenn das Interesse so rege bleibt, werden wir bald zu einer straffen Organisation gelangen.

Dann bitte ich Euch noch um eins: Erleichtert mir die Arbeit. Schreibt nicht die verschiedensten Angelegenheiten zusammen mit Material, das in die Zeitung soll, auf ein Stück Papier. Ich muß es dann wieder abschreiben. Und dann dürfen die Versammlungsberichte nichts ins Unendliche ausgedehnt werden. Manche sind überhaupt weiter nichts als eine genaue Abschrift aus dem Protokollbuch. Unsere Zeitung ist nun aber kein Protokollbuch.

Rastholz-Röln: Ich muß immer wieder Mitglieder auffordern, rückständige Beiträge zu zahlen. Manche halten es nicht für notwendig, zu antworten. Wie soll ich mich da verhalten?

Verbandsvorsitzender Schneider: Wer nach zweimaliger Aufforderung und nach Absendung eines Einschreibebriefes nicht zahlt und nichts von sich hören läßt, ist ohne weiteres auszuschließen.

Von verschiedenen Seiten wird dann darauf hingewiesen, daß die Mitgliederverzeichnisse niemals genau mit dem tatsächlichen Bestande stimmen. Diese Bemängelungen sind für Kassierer Berg und Schriftführer Rüdgers das Signal zu bitteren Klagen über die Saumlässigkeit der einzelnen Bezirksvereine und Mitglieder, wenn sie aufgefordert werden, genaue Angaben zu machen. Es sei manchmal ganz unmöglich, überhaupt Antwort zu erhalten.

Seuring-Frankfurt a. M.: Ich habe Schwierigkeiten mit den Mitgliedern im besetzten Gebiet. Man kann sie schriftlich nicht erreichen. Sie behaupten nun, daß der Verband für sie nichts getan habe und wollen nun nichts zahlen.

Verbandsvorsitzender: Man muß solche Mitglieder ausschließen.

Räthen-Essen erinnert an einen in der Verbandszeitung erschienenen Artikel: „Was hat Preußen für seine Beamten getan?“ Der Artikel habe in der Hauptache für die Interessen der mittleren oder höheren Beamten eine Lanze gebrochen, in die Verbandszeitschrift gehörte er nicht.

Rastholz-Röln weist darauf hin, wie schwer es für einen Rottenführer sei, in einen anderen Dienstzweig versetzt zu werden. „Man habe keinen Ersatz.“ Mit dieser Entgegnung werde man gewöhnlich abgespeist. Man müsse schon ärztliche Atteste über schlechten Gesundheitsstand beibringen, sonst sei nichts zu machen.

Verbandsvorsitzender Schneider: Es hält in der Tat sehr schwer. Wenn die Herren Delegierten es wünschen, werden wir in dieser Angelegenheit bei der Verwaltung vorstellig werden. Allerdings glaube ich nicht, daß wir etwas erreichen werden. Ich glaube, daß es in Zukunft noch schwerer sein wird als bisher, aus den Rottenführerdienst herauszukommen.

Hermann-Berlin erinnert noch einmal an den beabsichtigten Artikel gegen die Bahnmeister. Der Artikel müsse scharf gehalten sein. Wenn er erscheint, wird ein Sturm gegen uns losbrechen. Die Bahnmeister werden zu den Kollegen gehen und ihnen Vorhaltungen machen. Dann, Kollegen, seid energisch und entschlossen. (Bravo; sehr richtig!)

Mennide-Halle: Wir, die wir hier sind, werden das auch tun, aber der Bahnmeister wendet sich nicht an uns, sondern an andere, und die fallen dann ihren eigenen Kollegen in den Rücken. Die horcht dann der Bahnmeister aus und bald weiß er alles, was er wünscht. Das ist eine Schande, und so etwas dürfte unter keinen Umständen vorkommen.

Rahled-Königsberg: Wir können auch nicht alle Bahnmeister verdammen. Es gibt auch unter ihnen Leute, die sich unserer Interessen annehmen. (Zuruf: Ja, im Gesicht; mit dem Mund, aber nicht in Wirklichkeit!)

Verbandsvorsitzender Schneider: Gewiß gibt es einige darunter, aber den betreffenden Beschluß, der sich gegen uns richtet, haben sie auf ihrem amtlichen Verbandstag gefaßt, und das ist für uns maßgebend. (Sehr richtig!)

Scholz-Breslau, Ufer-Gießen und Schriftführer Rüdgers bekämpfen ganz entschieden die Behauptungen Rahleds.

Salzmann-Kassel fragt, ob nicht bald wieder eine Beilage erscheinen könne.

Verbandsvorsitzender Schneider: Wir hoffen, der Oktobernummer wieder eine Beilage einfügen zu können, in der dann auch die Adressen der Orts- bzw. Bezirksvereine und ihrer Leiter, Obmänner usw. bekanntgegeben werden sollen.

Schriftführer Rüdgers (in Abwesenheit des Verbandsvorsitzenden) erklärt darauf: Kollege Schneider ist am liebsten mit dem Wunsch herantreten, seine Entschädigungssumme von 300 Mark (die er jährlich für seine Verbandsarbeit erhält) zu erhöhen. Man muß zugeben, daß die Arbeit in der letzten Zeit mächtig zugenommen hat und daß die Lebenshaltung sich enorm verteuert hat. Ferner wissen wir, daß wir an Schneider einen außerordentlich fleißigen, gewissenhaften Verbandsleiter haben. Ich stelle also diese Angelegenheit hiermit zur Diskussion.

Hermann-Berlin bittet, vor Erörterung dieser Frage den Dank der auswärtigen Delegierten für die freundliche Aufnahme in Essen auszusprechen zu dürfen.

Schulz-Magdeburg: Um wieviel soll denn das Gehalt Schneiders erhöht werden?

Rüdgers: Der Vorstand kann keine Vorschläge machen. Die müssen aus den Reihen der Delegierten kommen.

Schulz: Sehen wir dann die Entschädigungssumme auf 500 Mark fest.

Frenzel-Erfurt: Ich unterstütze diesen Vorschlag und beantrage zugleich, auch das Gehalt des Kassierers und des Schriftführers, das ebenfalls je 300 Mark beträgt, um je 100 Mark zu erhöhen.

Nach einigem Hin und Her werden beide Vorschläge einstimmig gebilligt.

Verbandsvorsitzender Schneider (inzwischen in den Saal zurückgekehrt), dankt für die Gehaltserhöhung und erklärt zugleich, daß der Verbandskasse aus dieser Bewilligung kaum Mehrkosten erwachsen würden, da man in Zukunft den juristischen Beirat entbehren könne.

Rüdgers bittet um Neuherungen dazu, ob der Agitationsfonds von 500 Mark auch dieses Jahr in der bisherigen

Söhe beibehalten werden soll. Es entspringt sich eine längere Aussprache, die jedoch bemerkenswerte Anregungen nicht mehr ergibt. Schließlich wird beschlossen, den Agitationsfonds nicht genau festzusetzen, doch sollen für Propagandazwecke nicht mehr als 1000 Mark im Jahr verwandt werden. Die einzelnen Bezirksvereine sollen eine Statistik der in diesem Jahr für Agitationszwecke ausgegebenen Beträge aufstellen und dem Hauptvorstand einreichen.

Nächster Punkt: Festsetzung der Tagesgebühren für den Verbandsvorstand. Allgemein wird betont, daß es am zweckmäßigsten sei, die Sätze, die die Verwaltung zahlt, zu nehmen. Schließlich einigt man sich auf den Satz von 15 Mark pro Tag.

Scholz-Breslau kritisiert die Freigebigkeit der Delegiertenversammlung, nachdem man am Tage vorher zur Sparsamkeit gemahnt habe.

Rüdgers erwidert sofort, daß er fortwährend gebremst habe und überhaupt nie fürs Ausgeben sei.

Kriegsanleihe: Schneider teilt mit, daß der Verband die von ihm in Anleihenbüchern angelegte Summe wohl wiedererhalten könne, allerdings nicht ohne bedeutenden Verlust.

Frenzel-Erfurt möchte wissen, wer den Verbandsvorstand zur Zeichnung der Anleihe ermächtigt hat.

Schneider: Der Beschluß dazu wurde vom Verbandstag genehmigt.

Ufer-Gießen teilt mit, daß nach zuverlässigen Mitteilungen aus Bankkreisen der Anleihekurs demnächst wieder mächtig anziehen wird. Auch mit einer Annahmierung der Anleihe durch die gegenwärtige oder eine künftige Regierung sei nicht zu rechnen.

Schneider: Solange hierüber noch keine Klarheit herrscht, wollen wir warten. Wir wollen jedenfalls nicht mit Schäden verfahren. Wenn die Frage spruchreif wird, werden wir die Zustimmung der Bezirksvereine zu den notwendig werdenden Maßnahmen einholen.

Verbandsvorsitzender Schneider: Werte Kollegen! Wir sind am Schluß unserer Tagung angelangt. Ich danke Euch allen, daß Ihr die Beratungen in ruhigem, sachlichem, einigendem Geiste geführt habt. Es sind auf unserer Tagung weitgehende Beschlüsse gefaßt worden. Am Vorstande ist es, sie auszuführen. Ich gebe Euch die Versicherung, daß wir mit aller Kraft bestrebt sein werden, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Ich schließe hiermit unseren 10. ordentlichen Verbandstag.

Ende gegen 1 Uhr.

Kurzer Bericht über die Sitzung im Eisenbahnministerium am 12. August 1919.

Die Fachverbandsvorsitzenden hatten der telegraphischen Einladung zu einer Sitzung Folge geleistet. Grund hierfür waren die Erfurter Vorgänge, die den Mitgliedern aus den Tageszeitungen wohl bekannt sein dürften. Der Herr Minister eröffnete die Sitzung 5½ Uhr nachmittags und beleuchtete eingehend die äußerst schwierige Lage des Eisenbahnbetriebes, den schlechten Zustand des rollenden Materials und der Lokomotiven. Der Personenverkehr mußte stark eingeschränkt, wahrscheinlich des Sonntags ganz eingestellt werden, um den Güterverkehr einigermaßen zu bewältigen. Der Minister appellierte an die soziale Gesinnung der Arbeiter- und Beamtenchaft und meinte, der Beamte müsse in der Zeit der Not des Vaterlandes noch mehr leisten als im Glück. Die Umtriebe in Erfurt nannte er ein Verbrechen am Vaterlande. Die Koalitionsfreiheit mußte den Beamten gewahrt werden und eine gut geleitete Organisation wäre eine Stütze der Verwaltung.

Der Vorsitzende des Eisenbahnbeamtenbundes, Schult, ergriff hierauf als erster das Wort und gab die Forderungen der Beamten bekannt: einmalige Teuerungszulage, Nachdienstentschädigung, Ausgleichszulagen, Demokratisierung, Beamtenräte usw. Der Herr Minister machte zu den beiden ersten Forderungen die schlechte Finanzlage des Staates geltend, jedoch wurde die Zahlung der Teuerungszulage erwogen. Endgültiger Beschluß kommt in einigen Tagen zur Veröffentlichung. Nachdienstentschädigung hält er für richtig, sie würde

ganz bestimmt gezahlt nach Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich. Die jetzigen Beamtenräte seien nur als vorläufig zu betrachten, er wäre für Einführung der Betriebsräte. Die Demokratisierung müsse, wenn sie etwas Gutes bringen sollte, gesetzlich geregelt werden, auch sollten in kurzer Zeit Fachschulen eingeführt werden. Für die Beförderung in höhere Stellen solle nur fachliches Geschick maßgebend sein, niemals etwa organisatorisches Talent. Es sprachen dann noch einige Herren, welche mehr oder weniger die Ausführungen des Herrn Ministers guthießen. Der Vorsitzende des Lokomotivführerverbandes geißelte scharf das Verhalten der Erfurter Beamten, die als Führer der Organisation derartige Verbrechen im Schilde führten, und verlangte deren Ausstoßung aus der Organisation, erntete aber bei vielen der Anwesenden keine Sympathie für seine Ausführungen. Die Sitzung wurde, nachdem der Herr Minister abgetreten war, von Herrn Regierungsrat Cunn weitergeführt, kurz darauf abgebrochen und dem Herrn Schult die Führung der weiteren Verhandlungen übertragen. Nach einer Pause von fünf Minuten eröffnete dieser die Sitzung und verlangte, daß die Fachverbandsvorsitzenden, die der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner angehörten, den Saal verlassen sollten, welchem Verlangen denn auch von diesen nach einigen Erörterungen Folge geleistet wurde. Ob dieser Schritt der Bundesleitung in diesem Falle richtig ist, darüber können sich die Mitglieder selbst ein Urteil bilden. Jedenfalls bringt es dem Bunde keinen Nutzen. Was dann dort noch verhandelt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis.

C. Schneider, Verb.-Vors.

Rückschritt — Bildungsdünkel.

Nach Ausbruch der Revolution machte sich in erhöhtem Maße bei den Beamten der Drang geltend, sich auf gewerkschaftlicher Grundlage zu organisieren. Die einzelnen Fachverbände der verschiedenen Beamtenkategorien sind zunächst in ihrem Gewerkschaftsbund (für die Eisenbahner der Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahnbeamter) und durch diesen wieder in dem Deutschen Beamtenbund vertreten. Es ist hier also eine Einheitsorganisation sämtlicher Beamtengattungen — Post, Eisenbahn, Justiz, Lehrer, Zölle usw. — geschaffen worden, die mit ihrem über 2 Millionen betragenden Mitgliederkreis einen Faktor, mit anderen Worten eine Interessen- und Standesvertretung darstellt, mit der die Regierung bzw. die einzelnen Verwaltungsbehörden zu rechnen haben. Ein solcher Bund muß aber, um lebensfähig zu sein und um erspriechliche Arbeit leisten zu können, in erster Linie ein Programm als Grundlage haben, welches in seinen Grundzügen der großen Masse gerecht wird, also auf demokratischer Grundlage beruht. Die in dem Beamtenbunde zusammengeschlossenen Beamten mußten in erster Linie erwarten: eine völlige Abkehr von dem veralteten System einer kleinteiligen Einteilung der Besoldungsklassen. Die große Masse der mittleren und unteren Beamten erwartete in erster Linie von ihm eine entschiedene Bekämpfung des althergebrachten Bildungsdünkels und „eine ehrliche Förderung aller Bestrebungen, welche jedem Beamten — ohne Rücksicht auf Herkunft und Schulbildung — nach Maßgabe seiner Leistungen und seiner beruflichen Tätigkeit einen Aufstieg ermöglichen.“ Zu dieser Hoffnung war für die Beamten um so mehr Grund vorhanden, als das Organ des Deutschen Beamtenbundes „Die Gemeinschaft“ in Nr. 10 vom 16. Mai 1919 einen Aufsatz abdruckte, der in den „Sozialistischen Monatsheften“ erschienen ist und aus der Feder des Mitgliedes der Nationalversammlung Edm. Fischer stammt. Dort heißt es zu der angeschnittenen Frage:

„Auch Verwaltungsbeamte wird man nicht anstellen oder wählen können, ohne sich zuvor von ihrer Befähigung zum Amt überzeugt zu haben. Aber die gesetzliche Vorschrift eines gewissen Bildungsganges, z. B. der Besuch einer Hochschule und gar noch eines längeren Vorbereitungsdienstes ist mit der Demokratie unvereinbar. Wo ein Arbeiter, der nur die Volksschule besucht hat, Minister werden kann, ist es unmöglich, vorzuschreiben, daß für niedere Posten eine größere formale Vorbildung erforderlich sei. Die bisherigen Vorschriften für die Zulassung zum höheren Verwaltungsdienst hatten auch nur die Wirkung, daß gewisse Klassen der Bevölkerung von höheren Beamtenstellen ferngehalten wurden und ein Aufrücken aus niederen in höhere Stellen unmöglich war.“

Weder der Besuch einer Hochschule noch die Ablegung eines Staatsexamens bieten übrigens eine Gewähr für die Tüchtigkeit eines Verwaltungsbeamten."

Zum Schluß schreibt Edmund Fischer:

"Es werden in der Demokratie also die Schranken fallen müssen, die innerhalb des Beamtentums zwischen den niederen und den höheren Beamten und zwischen den Beamten und dem Volk aufgerichtet waren. Damit verschwindet auch der Gegensatz zwischen dem Beamtentum und dem Volk, der bisher zum Nachteil beider Teile bestanden hat. Was gut und vorteilhaft an der bisherigen Beamtenorganisation war, wird aber auch von der Demokratie übernommen werden müssen, die nicht nach einer überlieferten Doktrin, sondern nach praktischen Erwägungen und modernen Bedürfnissen gestaltet werden muß."

Diesen Auffassungen ist voll und ganz beizutreten und die Beamtenschaft glaubte aus dem Abdruck schließen zu dürfen, jetzt sei die Organisation geschaffen, die dem Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ zum Durchbruch verhelfen werde. Logisch ist aber, daß in einer Organisation, wie sie der D. B. V. ist, sich Gegenströmungen geltend machen; denn es sind neben den unteren und mittleren Beamten auch die höheren Beamten dem Bunde angeschlossen. Den Herren Geheimräten schien aber dieser demokratische Zug nicht genehm zu sein und ihr Einfluß machte sich nur zu bald geltend. In der ersten Fassung der Leitsätze für den Entwurf zu einem Programm hieß es nun unter „A. Beamteneinsoldung. 1. Gehalt“:

„1. Die Beamteneinkünfte sind in Abhängigkeit von Art und Kosten der Vorbildung, von der Berufsbildung, der Schwierigkeit der Arbeitsleistung und dem Maß dienstlicher Verantwortlichkeit, sowie unter Berücksichtigung des Volkswohls des allgemeinen Preisverhältnisses derart anzupassen, daß sie der steigenden Lebensverteuerung dauernd folgen können.“

Wollte man tatsächlich eine solche Abhängigkeit des Beamteneinkommens vertreten, dann würde das eine bedeutende Verschlechterung des jetzigen Zustandes insbesondere für die große Gruppe der Militäranwärter, deren Besoldung jetzt nach ihrer Amtstellung erfolgt, bedeuten. Diese Gefahr — nämlich die Verschärfung des alten Systems — wurde aber von einigen Vertretern der Beamtenschaftorganisationen rechtzeitig erkannt und es ist ihnen gelungen, folgende Änderung durchzusetzen:

„1. Bei der Festsetzung der Beamteneinkünfte sind zu berücksichtigen der berufliche Werdegang und die Art der dienstlichen Leistung unter Anpassung an die jeweilige wirtschaftliche Lage.“

Die große Masse war zufriedengestellt, aber das Wertwürdigste kam nun. In den „Erläuterungen“ tauchte der Gedanke wieder auf und — wie es in der Beamtenschaft heißt — wurden diese Erläuterungen vor der Drucklegung dem Gesamtvorstande des D. B. V. nicht unterbreitet. Hatten sie etwa das Licht der Sonne zu fürchten?

In den „Erläuterungen“ heißt es zu A. IV des Programm-entwurfs („Grundsätzliches“):

„Die Verminderung der Zahl der Gehaltsklassen läßt sich nicht auf automatischem Wege durchführen, vielmehr muß die Neubildung der Gehaltsklassen das natürliche Ergebnis einer längst notwendig gewordenen Reform der Grundsicherung des Beamtentums darstellen.“

Als Grundlage für die neue Gehaltsklasseneinteilung könnte u. A. folgende Gruppenbildung dienen:

- A. Beamte mit abgeschlossener Hochschulbildung und bestandener Staats- und Diplomprüfung;
- B. Beamte mit an einer höheren Lehranstalt erworbener Allgemeinbildung ohne Reifezeugnis;
- C. Beamte mit Volkshochschulbildung.

Dieser Gruppenbildung sollten drei Hauptgehaltsklassen A bis C — letztere u. A. mit Unterklassen — entsprechen.“

Dieses „Grundsätzliche“ bedeutet einen Schlag in das Gesicht des Beamtentums; große Beamtengruppen, insbesondere die Militäranwärter, werden durch diese Neuordnung geschädigt, allerdings sollten während „der Uebergangszeit“ noch später Angehörigen einer der heute bestehenden Gehaltsklassen aus der Neubildung der Gehaltsklassen Nachteile nicht entstehen. Man war sich also wohl bewußt, daß große Teile geschädigt werden, aber das war kein Grund, der neuen Klassenbildung keinen Vorstoß zu leisten. Um nun die Wirkung etwas abzuschwächen, heißt es weiter:

„Beim Nachweis (1) einer für die nächsthöhere Beamtengruppe vorgeschriebenen (1), etwa später erworbenen Bildung kann jeder Angehörige einer niederen Gruppe in die höheren Gruppen eintreten.“

Der Fernstehende wird sagen, in diesem Satz ist ja alles enthalten, was ihr verlangt. O nein! Lediglich die Bildung, die später nachgewiesen werden muß, soll maßgebend sein und dann auch nur in der anfangs erwähnten Klassifizierung. In Herrn Falkenberg, jetziger vortr. Rat im Ministerium für Beamtenangelegenheiten, und Herrn Kemmers, Mitglied der Nationalversammlung und Vertreter des Postunterbeamtenverbandes, möchte ich die Frage richten: „Haben Sie die Vergangenheit vergessen?“

Der Bestand des Deutschen Beamtensbundes ist bei solcher Politik gefährdet; man schreibe das Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ auf kein Banner ohne Verkaufsförderung und der Bund wird blühen und gedeihen, sonst lebe wohl, Deutscher Beamtensbund!

Felix Glaubrecht, Frohnau (Mark).

Wir geben hier Herrn Glaubrecht das Wort, obgleich sich sein Standpunkt nicht ganz mit dem unsrigen deckt. Edmund Fischer, der hier zitiert wird, verkennt wohl das Wesen des demokratischen Beamtentums, das zwischen politischen und beruflichen Beamten unterscheidet. Die Minister sind politische Beamte; die ihnen unterstellten Geheimräte sind Berufsbeamte. Minister kann jeder Arbeiter als Vertrauensmann seiner Partei werden. Er hat hier lediglich die Befolgung der politischen Grundlinien durch den ihm unterstellten Beamtenkörper zu überwachen. Geheimrat kann aber nur werden, wer den vorgeschriebenen Bildungsgang nachweisen und die erforderlichen Prüfungen bestanden hat. Wenn auch die Fachbeamten durch Arbeiter oder unvorgebildete Bürger ersetzt würden, käme es sicherlich zum Chaos in der Staatsmaschine. Der Arbeiter als Minister ist nur möglich, weil seine Unterstellten mit ihren Parteimitgliedern, so tritt Verfall unseres öffentlichen Lebens ein. Die Staatsbürger-Zeitung kämpft seit Jahren für das demokratische Ideal, den Zugang zum Hochschulstudium zu erleichtern. Das kann durch Verweisung des Studiums der alten Sprachen von den Gymnasien auf die Universität geschehen. Ein von diesem Ballast befreiter Stundenplan würde den Schülern ermöglichen, schon mit 15 Jahren die Universität zu beziehen. Dann könnten sich auch befähigte Arbeiter leichter die zum Universitätsstudium nötige Bildung nachträglich aneignen. Aber ohne Prüfungen geht es nicht. „Wissen ist Macht“, predigte der alte Liebknecht. Die Revolution jedoch stellt die Dinge auf den Kopf. Sie zahlt dem Müllkutscher monatlich 1000 Mark, dem Kellner gar 2000 Mark, während sie die gelehrten Berufe halb verhungern läßt.

Vereinsnachrichten.

Bez.-B. **Allenstein**. Die Versammlung am 5. 7. ds. Js. war von 30 Mitgliedern besucht. Da der Verein 75 Mitglieder zählt, hatte trotz der günstigen Zugverbindungen bedauerlicherweise nur eine geringe Anzahl der Einladung Folge geleistet. Tagesordnung: 1. Beitragszahlung. 2. Aufgenommen wurden 11 neue Mitglieder. 3. Die Antwort des Bundesvorstandes wird in nächster Versammlung bekanntgegeben. 4. Der Vorsitzende soll persönlich vorstellig werden, damit den Kotten- und Hilfskottenführern Schutzkleidung geliefert wird. Beiträge (ab 1. 10. 1919: 3.— Mk. vierteljährlich) sind stets an den Schatzmeister Adam Asdowski in Ratten, W.-S. 316, bei Allenstein einzusenden. 10 Pf. Bestellschuld sind beizufügen.

gez. Glowański, Vors.

Bez.-B. **Altona**, Sitz Hamburg. Versammlungsbericht vom 6. 7. 19. Der 1. Vorsitzende, Kollege Niemann, eröffnete um 2,30 Uhr die Versammlung mit Bekanntgabe der Tagesordnung. Das Andenken der verstorbenen Kollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Die Niederschrift der letzten Versammlung wurde verlesen und angenommen und die Beitragszahlung erledigt. Neu aufgenommen wurde der Kollege Wilh. Siemer aus Tornisch. Zu Kassenrevisoren wählte Versammlung die Kollegen Pards und Jonas. Hinsichtlich der Stellung zum Anschluß an eine Gewerkschaft stimmte die Mehrzahl der Mitglieder für den Deutschen Eisenbahner-Verband. Zur „Gehaltsreform“ wurde von mehreren Kollegen gewünscht, den Kottenführer in die Gehaltsklasse der Werkführer und in den Stand der technischen Beamten einzureihen.

Kollege Gademant hielt einen Vortrag über allerlei Ver-
einsangelegenheiten. Nachdem unter „Verschiedenes“ noch eini-
ges besprochen worden war, schloß der Vorsitzende um 5
Uhr die Versammlung.

H. Bedendorf, Schriftf.

Bez.-B. Braunschweig. Versammlungsbericht vom 20.
Juli 1919. Am 2 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende, Kollege
Wendhausen, die von 25 Kollegen besuchte Versammlung.
Nach Verlesung und Annahme der Niederschrift von voriger
Versammlung begrüßte der Vorsitzende die neu eingeführten
Kollegen: Richard Hoffmeister, Anderbed, Friedrich Hille,
Oier und Hermann Willede, Braunschweig, und hieß sie
im Namen der Versammlung herzlich willkommen. Die Kassen-
geschäfte wurden vom 2. Kassierer in üblicher Weise erledigt.
Hiernach hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die Er-
gebnisse des Verbandstages in Essen. Er führte aus, daß dem
Verbandsvorstand 3 Punkte überwiesen wurden, welche im
Interesse unseres Standes unter allen Umständen ihre Er-
ledigung finden müßten. Die Einzelheiten dieser Punkte so-
wie die Verbandsversammlungen werden in der Zeitschrift
bekannt gegeben. Ferner sei beschlossen, die großen Bezirks-
vereine in Ortsgruppen einzuteilen, damit jedem Kollegen
Gelegenheit gegeben werde, an einer Versammlung teilzu-
nehmen. Unser Bezirksverein wird in der nächsten Viertel-
jahrsversammlung hierzu Stellung nehmen. Nach einer all-
gemeinen Aussprache schloß der Vorsitzende die Versammlung.

August Suwald, 1. Schriftführer.

— Unsere nächste Versammlung findet am Sonntag, den
5. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokale statt. Tages-
ordnung: 1. Verlesen der Niederschrift von voriger Ver-
sammlung, 2. Zahlen der Beiträge, 3. Aufnahme neuer Mit-
glieder, 4. Gründung einer Ortsgruppe in Goslar, 5. Ver-
schiedenes. Die Hilfsrottenführer bitte ich dringend, mir mit-
zuteilen, wann sie bei der Eisenbahn eingetreten und Hilfs-
rottenführer geworden sind. Ferner bitte ich alle Kollegen,
mir Mitteilung zu machen, wenn noch Kollegen in ihren
Bezirken sind, die unserem Verband nicht angehören, damit
wir Stellung gegen diese Kollegen nehmen.

Bez.-B. Breslau. Versammlungsbericht. Die am 20. 7.
stattgefundene Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden mit
Begrüßung der zahlreich erschienenen Kollegen eröffnet. Den
verstorbenen Kollegen und Kollegen-Ehefrauen wurde wie üb-
lich die letzte Ehrung erwiesen. Tages-Ordnung: 1. Ver-
lesen der Niederschrift. Nach kurzer Debatte über einen Punkt
wurde dieselbe angenommen. 2. Die Beitragszahlung wurde
erledigt. 3. Aufgenommen wurden 13 Kollegen. Verschiede-
nes: Der 1. Vorsitzende erstattete Bericht über den Ver-
lauf des Verbandstages. In der folgenden Aussprache konnte
festgestellt werden, daß der Bericht mit Befriedigung ent-
gegengenommen wurde. Nach Besprechung verschiedener Stan-
desfragen wurde die Versammlung um 5 Uhr geschlossen.
Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 24. Aug.
ds. Js., vormittags 11 Uhr, in Görlitz, Jauerniker Str. Nr.
15, im Restaurant „Graf Zeppelin“, statt. Die Kollegen
werden dringend ersucht, zu dieser Versammlung recht zahl-
reich zu erscheinen, damit auch die weit abwärts gelegenen
Mitglieder sehen, daß im Bez.-Verein Breslau alles getan
wird, um die Kollegen in der sehr ersten Zeit auch ge-
nügung aufzuklären. Nichtmitglieder sind freundlichst ein-
geladen.

H. Klapper, 1. Schriftf.

Bez.-B. Breslau. Bekanntmachung. Alle Hilfsrotten-
führer des Bezirksvereins wollen umgehend angeben. (Siehe
Nr. 15 der Rottenführerzeitung): 1. Das Lebensalter, 2.
Zeit des Eintritts bei der Eisenbahn-Verwaltung, 3. Seit
wann Hilfsrottenführer. Die Angaben sind sofort an die
Adresse des 1. Vorsitzenden, H. Scholz, Breslau 8, König-
gräber Str. 9, zu richten.

H. Scholz, 1. Vors.

Bez.-B. Cassel. An die Hilfsrottenführer des Bez.-B.!
Auf Grund von Erhebungen des Verbandsvorstandes über
das Dienstalter der Hilfsrottenführer bitte ich, mir bis zum
25. 8. mitzuteilen: 1. Das Lebensalter, 2. Wann bei der
Eisenbahnverwaltung eingetreten, 3. Wann die Prüfung zum
Rottenführer abgelegt, 4. Seit wann selbständig eine Rotte
geführt. Dann möchte ich alle Kollegen darauf aufmerksam
machen, daß unserem Verein noch viele Mitglieder fehlen.
Die Zahl erhöht sich zwar ständig, aber sehr langsam. Wir
dürfen nicht eher nachlassen, bis sich alle an unserer Sache
beteiligen. Also weiter rütteln und mir Adressen angeben.

Salzmänn, 1. Vorsitzender.

Bez.-B. Dortmund. Versammlungsbericht vom 20. 7.
19. Die Versammlung wurde um 3 Uhr vom Vorsitzenden,
Kollegen Ringe, eröffnet. Tagesordnung: 1. Verlesen der

Niederschrift der letzten Versammlung. Dieselbe wurde an-
genommen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder: Es meldeten sich
zwei neue Mitglieder, und zwar die Kollegen Geth aus
Langendreer und Rohe aus Dortmund-Verschöbf. 3. Bericht
des Delegierten Rühner über den Verbandstag in Essen,
danach allgemeine Aussprache über das Vorgetragene. 4. Ver-
schiedenes: Auf Antrag der Kollegen Hegemann und Luther,
beide aus Scheldingen, werden dieselben dem Bezirksverein
Samm überwiesen. Versammlungsschluß: 5 Uhr. — An alle
Mitglieder des Bezirksvereins! Laut Beschluß des Verbands-
tages in Essen ist vom 1. 10. an der Vierteljahrsbeitrag auf
3 (drei) Mark erhöht worden. Der Kassierer ist verpflichtet,
die Vierteljahrsbeiträge des Vereins pünktlich und vollständig
einzusenden. Sämtliche Kollegen werden gebeten, im Interesse
des Vereins, und um unserem Kassierer, Kollegen Rühner,
die Arbeit zu erleichtern, die Vierteljahrsbeiträge pünktlich,
wenn sie nicht am Versammlungstage entrichtet werden kön-
nen, mit der Post einzusenden. Im letzteren Falle sind 10
Pfg. Bestellgeld beizufügen. Ferner werden zwecks Neuauf-
stellung der Mitgliederliste alle Kollegen, welche ihre Woh-
nung gewechselt haben, in ihrem eigenen Interesse gebeten,
dieses dem Unterzeichneten bis spätestens 1. 10. 19 mitzu-
teilen. Die aus der Unterlassung der Veränderungsanzeige
sich etwa später ergebenden Unregelmäßigkeiten fallen dem
Mitgliede selbst zur Last. Die nächste Vereinsversammlung
findet am 5. 10. 19, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokale
statt. Wegen einer wichtigen Besprechung wird um zahlreiches
Erscheinen gebeten.

Rühner, Schriftf., Dortmund-Hudarbe, Thiesenstr. 49.

Bez.-B. Düsseldorf. Am Sonntag, den 17. Aug. ds. Js.,
vorm. 9 Uhr, findet im Oberbau-Hauptmagazin Opladen
eine Versammlung statt, wozu ich nochmals alle Kollegen,
ganz besonders die noch nicht organisierten, einlade, damit
sie endlich aufwachen und sich erklären lassen, wo sie eigent-
lich hingehören. In der Versammlung wird Bericht erstattet
werden über den Verlauf des Verbandstages in Essen. Die-
jenigen Kollegen, welche keine Fahrgelegenheit haben, wollen
sich zwecks Aufnahme in den Verband schriftlich an den
Kollegen Anton Deth in Düsseldorf-Gerresheim wenden, der
alles weitere gern erledigen wird. Sodann rufe ich allen
Hilfsrottenführern zu: Stehet auf und werdet wach!

Mit toll. Gruß!

Wilk. Gebauer.

Bez.-B. Duisburg. Versammlungsbericht vom 20. 7.
1919. Der 1. Vorsitzende eröffnete die Versammlung, be-
grüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und gab die 6
Punkte umfassende Tagesordnung bekannt. Punkt 1 und 2
wurden in üblicher Weise erledigt. Punkt 3: Aufgenommen
wurden 4 Kollegen. Punkt 4: Die nächste Versammlung
findet am 12. 10., nachmittags 4 Uhr, in Duisburg, im
Vereinslokal statt. Punkt 5: Bericht über den Verbands-
tag. Der 1. Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht
über die dortigen Verhandlungen, welcher von den anwesen-
den Kollegen mit Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Am Schluß
seiner Ausführung sprach er den Wunsch aus, daß die dort
angenommenen Anträge zum Wohle unseres Standes bald
erfüllt werden möchten. Punkt 6: Verschiedenes.

Steinfurt, Schriftf.

Bez.-B. Essen. Bekanntmachung. Wir ersuchen die Hilfs-
rottenführer, welche Mitglied unseres Bezirks-Vereins sind,
umgehend dem Unterzeichneten mitzuteilen: 1. Geburtsdatum,
2. wann bei der Eisenbahnverwaltung eingetreten, und 3.
seit wann dieselben Hilfsrottenführer sind. Da der Verbands-
vorstand diese Angaben zu statistischen Zwecken dringend be-
nötigt und dieselben den Interessen der Hilfsrottenführer
dienen, bitten wir um baldige Angaben. Postkarte genügt.
Der Vereinsvorstand, J. A.: G. Kerstiens, Rottenführer,
Essen-Vergeborbed, Flößstr. 8.

Bez.-B. Hagen. Versammlungsbericht vom 20. 7. 1919
und Einladung! Der 1. Vorsitzende eröffnete und leitete
die Versammlung. Tagesordnung: 1. Beitragszahlung, 2. Auf-
genommen wurden 3 Kollegen. 3. Bericht über den Ver-
bandstag: Der 1. Vorsitzende erstattete einen ausführlichen
Bericht, welchen die Anwesenden gespannt verfolgten. All-
gemein wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Be-
schlossene bald in Tat umgesetzt werden möchte. Den Mit-
gliedern besonders zur Kenntnis, daß vom 1. Oktober 1919
an der Vierteljahrsbeitrag von 2,50 Mk. auf 3 Mark erhöht
wird. Dieses ist besonders zu beachten von denjenigen Mit-
gliedern, welche ihre Beiträge mit der Post einsenden. Der
1. Schatzmeister führt Klage, daß von einigen Mitgliedern
das Geld nicht post- und bestellgeldfrei eingesandt wird.
Dieses ist in Zukunft zu beachten. Für Bestellgeld sind
10 Pfg. beizufügen. Punkt 4, Verschiedenes: Der 1. Vor-
sitzende empfahl den anwesenden Kollegen das Oberbaubuch,

welches besonders für die jüngeren Kollegen unentbehrlich und für die alten sehr lehrreich ist. Die nächste Versammlung findet am 19. Oktober 1919, nachmittags 3½ Uhr, im Vereinslokal statt. Hesse, Schriftf.

Bez.-B. Königsberg. Versammlungsbericht vom 20. Juli 1919. Der 1. Vorsitzende eröffnete um 10 Uhr die Versammlung und begrüßte die erschienenen 28 Kollegen. Tagesordnung: 1. Verlesen des Resultates vom Verbandstage. Es wurden vom 1. Vorsitzenden, welcher als Delegierter fungiert hatte, folgende Punkte bekanntgegeben: Nichtänderung der Verbandsatzungen, Eintreten des Verbandes für Kilometergeld, Ablehnung des Antrages der Hilfsrottenführer und Hilfsleitungsausschüsse auf Ernennung nach achtjähriger Beschäftigung, Prüfungsverordnung, Zulassung der Winterdienstleistungen und Anrechnung der Hilfsbeamtenjahre der Rottenführer. 2. Die Beitragszahlung wurde erledigt. Hierzu sämtlichen Kollegen zur Nachricht, daß der vierteljährliche Verbandsbeitrag nicht Mk. 2,50, sondern Mk. 3,50 beträgt. 3. Aufgenommen wurden die Kollegen Manschowski, Kögel, und Sattel, Pöschendorf. Punkt 4 (Verschiedenes) hielt die Kollegen noch längere Zeit beisammen und es wurde noch manches zur Hebung unserer Interessen besprochen. Insbesondere bedauerten die versammelten Kollegen, daß ein Bahnmeister in einer Versammlung die Äußerung hat fallen lassen, sie wären nur dem Beamtenbunde beigetreten, um den Terror der Unterbeamten besser bekämpfen zu können. Sämtliche Kollegen kamen zu dem Entschlusse, hiergegen scharfen Protest zu erheben. Der Tag der nächsten Versammlung wird noch bekannt gegeben.

J. A.: Augstein, 1. Schriftführer.

— Alle Hilfsrottenführer des Bezirksvereins Königsberg i. B. bitte ich, mir so bald wie möglich nachstehende Angaben mitteilen zu wollen: 1. Das Lebensalter, 2. Seit wann bei der Eisenbahnverwaltung? 3. Seit wann Hilfsrottenführer? Diese Angaben werden dringend gebraucht zur Weitergabe an den Verbandsvorsitzenden.

Friedr. Kahle, 1. Vorst., Königsberg i. Pr., Vitzengrabenstraße 24.

Bez.-B. Lauenburg (Pom.). Bekanntmachung! In den Vorstand sind folgende Kollegen gewählt worden: 1. Friedr. Dollase, Altwassow bei Schlawe (Pom.), 1. Vorsitzender; 2. Albert Kohn, Schlawe (Pom.), Kösliner-Vorstadt Nr. 32, 1. Schatzmeister (die Verbandsbeiträge sind ab 1. 10. 19 an ihn zu senden), 3. Franz Schwuchow, Schlawe (Pom.), Bollmowerstr. Nr. 9, 1. Schriftführer. R. A.

Bez.-B. Löben. Versammlungsbericht vom 3. August 1919. Die Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden nach Begrüßung der anwesenden Kollegen um 11 Uhr eröffnet. Tagesordnung: 1. Zahlen der Beiträge; wurde schnell erledigt. 2. Aufnahmen waren nicht vorzunehmen. 3. Bericht unseres Verbandstags-Delegierten, der mit großem Interesse von den Kollegen verfolgt wurde. 4. Verschiedenes: Der Vereinsbeitrag ist vom 1. Oktober 1919 an auf 3 Mark erhöht worden. Die Kollegen werden gebeten, den Betrag pünktig und bestellgeldfrei an unseren Kassierer, Kollegen Ziegler, Rosengarten (Ostpr.), einzusenden. Desgleichen sind noch viele Mitglieder mit dem Zahlen des einmaligen Beitrages von 5.— Mk. im Rückstande. (Beschluss vom 9. 4. 19). Um die Kassierung des Kassierers nicht zu erschweren, bitte ich die Kollegen, die Beiträge pünktlicher wie bisher zu entrichten. Schluss der Versammlung 1½ Uhr. Die nächste Versammlung findet am 5. Oktober 1919, vorm. 9½ Uhr, bei Herrn Kaufmann Grün, in Angerburg statt. Wegen der schlechten Zugverbindung ist es nicht möglich, die Versammlung an einem andern Ort abzuhalten. Sämtliche Hilfsrottenführer des Bezirksvereins haben sofort auf Postkarte dem Vorsitzenden, Koll. Schäfer, bekanntzugeben: 1. Das Lebensalter, 2. Zeit des Eintritts bei der Eisenbahnverwaltung, 3. Seit wann Hilfsrottenführer. Um deutliche Schrift wird gebeten.

Kannapin, Schriftf.

Bez.-B. Magdeburg. Versammlungsbericht vom 20. 7. 1919. Die Versammlung wurde um 2½ Uhr vom 1. Vorsitzenden, Kollegen Schulz, im Beisein von 64 Kollegen eröffnet. Tagesordnung: 1. Verlesen der Niederschrift der letzten Gen.-Versammlung. Wurde angenommen. 2. Beitragszahlung. 3. Aufgenommen wurden 7 Kollegen. 4. Bericht des Delegierten Kollegen Schulz über den Verbandstag in Essen: Kollege Schulz gab die wichtigsten Punkte bekannt und erläuterte dieselben in längeren Ausführungen. Die entstandenen Unkosten von 100 Mk. wurden bewilligt. Unter Punkt 5 (Vereinsangelegenheiten) fand noch eine längere Besprechung über die Lage des Rotten- und Hilfsrottenführerstandes statt, auch über Gewerkschaftsbestrebungen und deren

Ziele unterhielten sich die anwesenden Kollegen noch längere Zeit. Schluss der Versammlung um 6 Uhr.

Der Vorstand. J. A.: Arndt, 1. Schriftf.

Bez.-B. Northheim. Einladung zur Versammlung. Am Sonntag, den 7. September, nachmittags 3½ Uhr findet in Northheim im „Gasthof zur deutschen Eiche“ bei Herrn Köhler die Vierteljahrsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Verbandstagsdelegierten, 2. Zahlen der Beiträge, 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden gebeten, wegen der wichtigen Standesangelegenheiten doch einmal vollständig an der Versammlung teilzunehmen.

Der Vorstand. J. A.: Riemenhneider.

Bez.-B. Paderborn. Versammlungsbericht vom 20. 7. in Altenbeken. Tagesordnung: Punkt 1 und 2 wurden wie üblich erledigt. 3. Aufgenommen wurde ein Kollege. Punkt 4: Bericht des 1. Vorsitzenden über den Delegiertentag. Der 1. Vorsitzende gab einen klaren und eingehenden Bericht über den Delegiertentag. Die Beiträge sollen vom 1. Oktober auf 3.— Mk. erhöht werden. Der Anschluss an die Gewerkschaft ist vorläufig auf 1 Jahr festgesetzt. Der Anschluss an den Beamtenbund wäre verworfen und konnte auch von der Versammlung nicht empfohlen werden. Nach Erörterung einiger Punkte sprach die Versammlung dem 1. Vorsitzenden ihren Dank für die eingehende Berichterstattung aus. Punkt 5: Kassenbericht, erteilt vom Kassierer. Die Kollegen Gudemann und Wesseler hatten die Kasse geprüft und richtig befunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zu Kassenprüfern für 1919 wurden die Kollegen Köhe und Komweber gewählt. Punkt 6: Ort der nächsten Versammlung. Die nächste Versammlung findet in Ottbergen am 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof Stenneberg statt. Punkt 7: Unter „Verschiedenes“ wurden von einigen Kollegen Anfragen gestellt und von dem Delegierten beantwortet.

J. A.: Johann Halsband, 1. Schriftf.

Gingefandt.

Lese Sieben den „Offenen Brief“ in Nr. 13 unserer Fachzeitschrift. Ich bin Einsender des „Offenen Briefes“ aus Nr. 10. Da muß ich mich denn doch wundern, daß der Kollege mir solch eine Erwiderung auf meinen Brief gibt. Eine solche soll es doch wohl sein. Hat der Kollege F. F. denselben auch eingehend gelesen? Ich bezweifle es. Sonst würde sein eingekannter Brief etwas anders ausgefallen sein. Es liegt mir fern, mich mit Kollegen, welche sich auch zurückgesetzt fühlen, in eine weitere Diskussion einzulassen. Ich habe in meinem Brief die Zurücksetzung des ganzen Rottenführerstandes erörtert und nicht meine persönliche. Wie ist es denn mit den Anstellungsverhältnissen gegenüber anderen Dienstzweigen, z. B. im Direktionsbezirk Essen?

Stellwerkschlosser Jahrgang 1913,
Rottenführer Jahrgang 1904—1905.

Es gibt doch ein zu trauriges Bild für den Rottenführerstand, wenn man liest, daß Kollegen nach 17jähriger Dienstzeit noch nicht zur Anstellung gekommen sind. Kollege F. F. schreibt, daß er nach 17jähriger Dienstzeit erst zur Prüfung aufgefördert wurde. Da wird er wohl selbst daran schuld sein. Meine Ansicht ist die: Sobald jemand die formale Prüfung zum Rottenführer gemacht hat, sollte er sich darum bemühen, auch die förmliche zu machen. Denn nur dadurch kann jeder Hilfsrottenführer es den Vorgesetzten klar machen, daß er bestrebt ist, weiter zu kommen. Ich kann wohl annehmen, daß jeder befähigte Hilfsrottenführer zur förmlichen Prüfung herangezogen wird. Der Kollege F. F. schreibt, ich hätte mich zur Prüfung melden sollen, dann wäre ich schon weiter, z. B. Unterassistent. Ja, Kollege, die Sache ist ganz nett, aber vor allen Dingen muß man erst zur Prüfung zugelassen werden. Daß die Hilfsrottenführer da oft auf Schwierigkeiten stoßen, kann ich Ihnen aus Erfahrung erzählen. In den Jahren 1911—1913 bin ich beim Vorstand der Bauabteilung verschiedentlich vorstellig geworden, um der Station überwiesen zu werden zwecks Beschäftigung im Weichenstellerdienst und zur weiteren Ausbildung. Die Sache ist jedesmal an der Erfahrungsfrage gescheitert, trotzdem das Betriebsamt verfügt hatte, mich der Station zu überweisen und für mich eine andere Kraft einzustellen. Ich führte seinerzeit eine Rote von 20—30 Mann und das Oberbau-Nebenmagazin. Wie war es während der Kriegszeit? Da wurden doch wohl keine Rottenführer reklamiert, um vielleicht zum Unterassistenten ausgebildet zu werden. Ich bin dadurch zurückgesetzt, daß man mir keine Gelegenheit geboten hat, mich weiter auszubilden. Darauf bin ich zur außergewöhnlichen Anstellung vorgeschlagen worden, was von der-

selben geworden ist, wie den Verlauf der ganzen Sache, werden Sie in Nr. 10 unserer Fachzeitschrift wohl gelesen haben. Devise: „Allen Tüchtigen freie Bahn!“ Wenn Kollegen drohen, wegen der schlechten Anstellungsverhältnisse aus dem Verbands auszuscheiden, so sind das nach meiner Ansicht große Idioten. Diese Kollegen sollten in erster Linie dafür sorgen, daß die fernstehenden Kollegen für unseren Verband gewonnen werden, daß sie vor allen Dingen die Versammlungen gut besuchen und dort ihre Angelegenheiten zur Sprache bringen. Denn nur dann, wenn sämtliche Hilfs- und Kottensführer unserem Verbands angegeschlossen sind, kann richtige Standesarbeit geleistet werden. Kollegen, in Zukunft wollen wir stets für das Allgemeinwohl unseres Verbandes eintreten, einer für alle und alle für einen, und uns nicht auf einzelne Kollegen versteifen.

Nomen

Amtliche Bekanntmachungen und Erlasse.

Vorschläge zur Beschaffung von Winter-vorräten.

Der Finanzminister hat durch Erlass vom 7. Mai ds. Js. — I. 7047, II. 9543, III. 4976 — zugestimmt, daß auch in diesem Jahre den Beamten und ständigen Arbeitern zur Beschaffung von Wintervorräten an Heizstoffen, Kartoffeln, Gemüse und Obst auf Antrag unverzinsliche Gehalts- oder Lohnvorschuß unter den gleichen Voraussetzungen und in derselben Höhe wie im Vorjahre gewährt werden. Ich ermächtige die Eisenbahndirektionen, im Sinne des Erlasses vom 10. Juli 1918 — IV. 42, 148, 405 — zu verfahren.

III. R. 326, C, I.

gez. Defer.

Mitteilung des Verbandsvorstandes.

1. Den Verband der Bücher, Bekleidungs- und Oberhandbücher usw. hat jetzt Kollege Feldmann, wohnhaft in Oberhausen-Alstadt, Herzogstr. 11, übernommen. Bestellungen sind daher nur an diesen zu richten.

2. Vom 12.—23. ds. Mts hat der Verbandsvorstand seinen Erholungsurlaub. Die Beantwortung der schriftlichen Eingänge wird daher in der Zeit nicht so pünktlich erfolgen können.

3. Nachmals wird darauf hingewiesen, daß Drucksachen wieder genügend vorhanden sind und nur beim Verbandsvorstand anzufordern sind. Ausnahmen bilden nur die Zahlkarten, die beim Verbandsschatzmeister, Kottensführer H. Berg, Gladbeck i. W., Hermannstr. 156, anzufordern sind. Ausnahmeanträge dürfen unter keinen Umständen zu anderen schriftlichen Mitteilungen gebraucht werden.

Versammlungs-Kalender.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen und neue Mitglieder einzuführen.

Frankfurt a. M., 5. 10. 1919, 2 Uhr, Braunschweig, Vereinslokal.
Breslau, 24. 8. 1919, 11 Uhr, Gbely, Rest. Graf Zeppelin.
Erla, 17. 8. 1919, 3 1/2 Uhr, Erla, Rest. Bendheuer.
Düsseldorf, 17. 8. 1919, vorm. 9 Uhr, Dpladen, Oberbau-Hauptmagazin.

Dortmund, 5. 10. 1919, 3 Uhr, Dortmund, Vereinslokal.
Duisburg, 12. 10. 1919, 4 Uhr, Duisburg, Vereinslokal.
Frankfurt a. M., 5. 10. 1919, 1 Uhr, Frankfurt a. M., Vereinsl.
Hagen, 19. 10. 1919, 3 1/2 Uhr, Hagen, Vereinslokal.
Pöthen, 5. 10. 1919, vorm. 9 1/2 Uhr, Angerburg, Kaufm. Grün.
Northeim, 7. 9. 1919, 3 1/2 Uhr, Northeim, Gasth. Deutsche Eiche.
Naderborn, 5. 10. 1919, 4 Uhr, Ottbergen, Gasthof Stenneberg.
Schneidemühl, 5. 10. 1919, 2 Uhr, Schneidemühl, Eisenb.-Kantine.
Sensdal, 19. 10. 1919, Rathenow.
Stettin, 12. 10. 1919.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvorl. Carl Schneider, Dahlhausen-Ruhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: E. Sundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr. — Druck: E. Sundt sel. Wwe., Hattingen-Ruhr.

Tauschgesuche.

Kottensführer, Bez. Bromberg, tauscht mit Kollegen polnischer Nationalität in Provinz Brandenburg oder Pommern, auch in anderen Provinzen, die nicht an Polen fallen. Dienstwohnung bevorzugt. Hier sehr schöne Gegend. Dienstwohnung für eine Familie dicht am Bahnhof. Grasnutzung und ungefähr 2 Morgen Land. Zuschriften erbittet Kottensführer Haase, Erpel i. P., Bez. Bromberg.

Kottensführer in Subkau-Bhs., Bm. 5, Dirschau, tauscht mit polnischem Kollegen aus deutschem Gebiet. Hier schöne Dienstwohnung, viel Land und Gras vorhanden. Angebote an F. Adam, Subkau 1, Kreis Dirschau.

Welcher Kottensführer oder Hilfskottensführer polnischer Nationalität aus dem deutschgebliebenen Bezirk Danzig oder Stettin würde auf einen Tausch Nähe Br. Stargard eingehen? Dienstwohnung, Dienst- und Gartenland vorhanden. Eignet sich auch zum Halten einer Kuh.

Zuschriften erbittet Kottensführer Karl Pieper, Spengauwken bei Br. Stargard.

Welcher Kollege polnischer Nationalität aus den Bezirken Magdeburg, Erfurt oder Halle würde mit einem Kollegen in Wilhelmshagen bei Rastow tauschen? Hier Dienstwohnung (Wärterhaus). Frau kann Schrankendienst versehen.

Etwaige Meldungen sind an Kottensführer Ernst Runge, Wilhelmshagen zu richten.

Welcher Kollege (Kottensf.) poln. Nationalität würde mit einem Kollegen auf Posen-Hptbhf. tauschen bei gegenseitiger Uebernahme der jetzigen Wohnung (privat)? Hier gegenwärtig günstige Gelegenheit zur weiteren Ausbildung. Bevorzugt: Gbely, Lauban, Cottbus, Halle a. S.

Näh. Kottensf. W. Schibenz, Posen Nr. III, Bahnhof. 48.

Beileid.

Unserm Kollegen, dem Kottensführer

Klaus Wichern

in Hohenstedt zum Tode seiner Ehefrau unser herzlichstes Beileid.

Der Vorstand des Bez.-V. Bremeröder.
J. A.: v. d. Höden, 1. Schriftführer.

Stempel liefert billigt E. Sundt sel. Wwe.
Hattingen-Ruhr

Echte Drill-Litowken

blau oder schwarz.

Klein

Kraatzgewebe!

per Stck. Mk. 32.50

Dieselben mit Post-

oder Bahnknöpfen

50 Pfg. mehr.

Hose p. St. Mk. 20.

Echte blaue Che-

votiltewka M. 60

m. Bahn- od. Post-

knöpfen 50 Pfg.

mehr.

Echte schwarze oder blaue Tuch-

lederhose Mk. 39. Als Mass erbittet

ganze Körperlänge ob schlank, mittel

oder stark. — Versand gegen Nachn.

Julius Hammerschlag, Halle-3. 11.



Theodor Müller

Mechanische Herrenkleiderfabrik

Spinnerei und Weberei

Seifhennersdorf i. S.

(Oberheanersdorf, Böhmen).

Liefere wieder

Uniform- und Herrenkleidungsstücke

in bekannter guter Ausführung.

Bitte Muster u. Preise einzuholen.